

# Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publicationsorgan für die Central-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands  
„Grundstein zur Einigkeit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanigl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Beistellgeld, bei Aussendung unter Kreuzband M. 1.40.  
Anzeigen die dreigesparte Zeitzeile oder deren Raum 15.— Poststatalog Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Böllvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Neuzahl: Die Bünftler und die „Reform“ der Unfallversicherung. — Wirthschaftlich-soziale Rundschau. Der Antisemitismus und die Arbeiter. — Generalschaftliche Viergelegenheiten. — Aus den Bauberichten der Baugewerks-Beitung. — Arbeitslosigkeit und Notstand. — Aus Amerika. — Situationsberichte. — Korrespondenz u. der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. — Eingelandt. — Gerichts-Chronik. — Verschiedenes. — Literarisches. — Briefstunden.

## Neujahr!

Wieder feiert die Kulturmenschheit den Beginn eines neuen Jahres. Der denkende Mensch ruht an solchem Feiertage nicht nur aus vom wilben, aufreibenden Kampfe um's Dasein, nein, er giebt sich auch einiger Betrachtung hin über das Losos seines Geschlechtes. Ein Jahr, was ist es mehr im Völkerleben, wie ein flüchtiger Augenblick! Eines um das andere kommt und schwindet und mit dem Wechsel der Jahre vertrinnt unser Dasein; eine Generation um die andere steigt in's Grab, — aber die Menschheit dauert fort. Und jemehr sie zur Erkenntniß ihrer hohen Bestimmung gelangt, jemehr sie sich erhebt im Bewußtsein ihrer Würde, jemehr sie forschreitet in der Kultur, — je inhaltreicher und bedeutungsvoller wird ein jedes Jahr. Das abgelaufene Jahr gehört einer Epoche an, die den Dichter sagen läßt:

Frohlockt Ihr Völker! Wo ist meinesgleichen?  
Ich bin die allgewaltige neue Zeit!  
Ich wandle stolz, behängt mit Siegeszeichen  
Und diademgeschmückt, im Königskleid.

Auf jedes früheren Jahrhunderts Norden  
Sag' ich den Fuß, denn du sind etiel nichts  
Und bettelarm vor mir, nur rauhe Schläden  
Vor reinem Gold, vor mir, der seit des Lichten!

Gewiß, wir leben in einer großen Zeit, groß durch herrliche Errungenheiten des nimmer rastenden Menschengeistes. Und deshalb:

Du seist gepriesen, große Zeit, doch sage:  
Wie kommt es, daß Du Schnitz und Noth nicht bannst?  
Wie kommt's, daß mit dem Glanze dieser Tage  
Der Menschen Elend Du nicht lindern kannst?  
Wie kommt es, daß die Kurz des Krieges  
Bernimmt durch die Heil' der Völker geht  
Und, sei es auch als Preis glorreichsten Sieges,  
In Scharen Deine Kinder niedermahlt?

Das ist die Frage, die dem denkenden Menschen sich aufdrängt, gebieterisch eine Antwort heischend. Noch fehlt am Glück der Menschheit und zu demselben so viel. Denn noch ist die menschliche Gerechtigkeit nicht erfüllt. Noch lastet auf den Völkern die Macht des Unrechts, noch müssen sie kämpfen um ihr Heil. Alle Kräfte sind in Streit. Und im Mittelpunkt dieses Streites steht die Arbeit mit ihren Rechtsansprüchen, deren Erfüllung allein im Stande ist, bessere Zustände zu schaffen. In immer steigendem Maße verleiht die Arbeiterbewegung der Kulturrentwicklung ihren besonderen Charakter. Unter ihrem Einfluß vollziehen sich in allen Staaten der modernen Kultur diesseits und jenseits des Ozeans die wirthschaftlichen und sozialen Kämpfe in einer Weise, die keinen Zweifel darüber läßt, daß eine Epoche neuer wirthschaftlicher und sozialer Organisation sich vorbereitet. Die soziale Frage beherrschte unser Zeitalter, die Frage nach der Aufhebung der Klassenunterschiede und der Klassenherrschaft, nach der Be-

freiung aller Menschen an den Segnungen der Kultur. Die treibende Kraft dieser Frage ist stärker als Dampf und Elektrizität, — es ist die Noth des arbeitenden Volkes in Verbindung mit der neuen Rechtsidee, die dasselbe befielet. Die Noth der Arbeit hat den Sozialismus geboren, der unter harten Kämpfen siegreich vorbringt. Die bestehende Gesellschaftsordnung, welche auf der Ausbeutung der Massen durch den Kapitalismus beruht, hat sich selbst das Urtheil gesprochen; ihr Zusammenbruch muß erfolgen nach dem unabänderlichen Gesetz der organischen Entwicklung; keine Macht der Erde kann sie retten; jeder Tag bringt neue Thatsachen, welche ihren inneren Zerfall beweisen. Wie ihre Grundlagen immer mehr in's Wanken gerathen, so verlieren ihre Vertheidiger den Glauben an sich selbst. Nur die Arbeit bläst hoffnungsfreudig und mutig in die Zukunft, die ihr hört. Von der Gegenwart können die Arbeiter nichts Anderes erwarten, als Leid und Kampf, — Kampf nicht nur für die Befriedigung der drängenden Lebensnothdurft, sondern auch gegen die der sozialen Idee sich widersezen Mächte. Große, schmerzhafte Opfer erfordert dieser Doppell Kampf, aber die aufgellärtete Arbeiterschaft weiß, daß sie nicht vergeblich gebracht werden, daß jedes Opfer reiche Früchte bringt.

Wollen die Gegner der Arbeiterbewegung in der bisherigen Weise nach verderblichen Grundsätzen, mit Vernachlässigung, Überhebung und brutaler Rückstolzlosigkeit, mit Luge und Heuchelei, pochend auf ihre Übermacht, den Kampf fortführen — wohlan, sie mögen es thun. Die Arbeiter unter dem Banner der Sozialdemokratie werden um so entschlossener und opferfreudiger für ihre heilige und gerechte Sache einstehen. Wissen sie doch, daß ihre gerechte Sache unüberwindlich ist!

Wie bemitleidenswerth sind doch die Thoren, die da glauben, der Klassen- und zielbewußten Arbeiterkraft komme es auf den „gewaltfamen Umsturz“ an, wo sich's doch nur um ein Stück Kulturgeschichte handelt, das mit geschicklicher Nothwendigkeit sich vollziehen muß. Es ist der Aufklärung unwürdig, den Gedanken zu fassen, die große soziale Frage, in erster Linie die Arbeiterfrage, müsse durch Gewaltthat gelöst werden. Die Arbeiter und ihre vielverläudeten Führer haben diesen Gedanken nicht; er ist in den Köpfen der Gegner entstanden, die ihn ausspielen, weil sie vernünftiger Gegengründe bar sind.

Indem wir Euch Allen, Freunde und Ge-  
nossen, den herzlichsten Glückwunsch zum neuen  
Jahr entbieten, sind wir überzeugt, daß Ihr  
dasselbe antreten werdet mit dem Gelöbniss,  
immer eifriger, energischer, gewissenhafter am  
Kampfe für das Recht der Arbeit teilzunehmen.  
Und wir sind weiter überzeugt, daß Ihr dieses  
Gelöbniss halten werdet, wie schwer Ihr die  
Ungunst der Seiten auch empfinden möchtet.

Dieselben Gelöbnisse dürfen Ihr Euch auch  
unsrerseits versichert halten. Wir sind ent-  
schlossen, nach wie vor unsere Pflicht zu thun,  
der Wahrheit zu Nutz, dem Unrecht zum Trug.  
Wie für Euch, so gilt auch für uns der Ruf:  
Ein Jahr des Kampfes ist wiederum vor-  
über! Glückauf zum Kampf im neuen  
Jahr!

Die Bünftler und die „Reform“ der  
Unfallversicherung.

## III.

Eine weitere, von den Vorständen des Ver-  
bandes der deutschen Baugewerks-Berufs-  
genossenschaften ausgehende, an das Reichs-  
amt des Innern, den Bundesrat und den  
Reichstag gerichtete Vorstellung betrifft das in  
Vorbereitung begriffene Gesetz wegen Ab-  
änderung von Vorschriften der Unfall-  
versicherung.

In der Reichstagsitzung vom 6. Februar  
d. J. hatte der Staatssekretär des Innern, Herr  
v. Voetticher, die Erklärung abgegeben, daß  
bei der praktischen Handhabung der erlassenen  
Gesetze, betreffend die Unfallversicherung der  
Arbeiter, sich Mängel gezeigt hätten, welche  
darauf zurückzuführen seien, daß die öffentliche  
rechtliche Versicherung nur allmälig ausgebaut  
und erweitert wurde, weshalb deren Vorschriften  
sich nicht überall deuten, und gleichzeitig die Zu-  
lage gemacht, daß an maßgebender Stelle Vor-  
arbeiten für ein Gesetz im Gange seien, welches  
die Abstellung der bisher erkannten Mängel be-  
zwecke, auch bereits dem nächstzusammenentreten-  
den Reichstage zur Beschlussfassung vorgelegt  
werden solle.

Dieser Umstand hat den genannten Verband  
veranlaßt zu seiner Eingabe, in welcher diejenigen  
Mängel hervorgehoben werden sollen, „durch welche die Bauhandwerke nach der heutigen  
Rechtslage wirthschaftlich tief geschädigt werden.“

Die Eingabe ist völlig im Tone der zünfti-  
gerischen Überhebung gehalten. Da heißt es  
zunächst:

Die wirthschaftliche Lage des Baugewerbes be-  
dingt eine Veränderung der derzeitigen Verhältnisse, soll  
dasselbe in seiner Leistungsfähigkeit nicht ganzlich  
vermindert werden und soll nicht an Stelle eines auf  
Grund seiner geschicklichen Entwicklung hochachtbaren  
und in seiner Treue und Hingabe zu den  
bestehenden Staatsgewalten ein unveränderbarer  
Gewerbestandes infolge dessen Unterganges die frag-  
würdige Gruppe der aus allen Kästen der Bevölkerung  
sich zusammengehenden Bauunternehmer treten.“

Die Loyalitäts-Phrase darf natürlich nicht  
fehlen in einer Bünftler-Petition! Ehebeden  
mussten die Bünftle in blutigem Kampfe gegen  
Staatsgewalten ihr Recht sich erringen; die  
modernen Innungshelden ersterben in Treue und  
Demuth vor der Staatsgewalt.

Selbstverständlich sprechen die Petenten wieder  
einmal der Gewerbefreiheit das Vernichtungs-  
urtheil:

Wohl in keinem anderen Berufsfache hat die durch  
die Gew.-Ord. vom 21. Juni 1869 geschaffene Gewerbe-  
freiheit gleich abso. Erschütterungen hervorgerufen, wie in  
dem Baugewerbe, welches jetzt gewissermaßen in zwei  
Klassen zerfällt, nämlich in diese der technisch vor-  
gebildeten Baugewerbe-meister und in diese der aus allen  
Gesellschaftsklassen sich zusammengehenden, jeder techni-  
schen Vorleistung entsprechenden Bauunternehmer als  
Inhaber gewerbsmäßiger Baubetriebe, neben welche-  
noch diejenigen Personen treten, welche Bauarbeiten  
ohne Zustellung eines Gewerbetreibenden in Selbstregie  
ausführen, sowohl allein als auch selbstständig, unter  
Zulieferung ihrerseits gehörter Bauarbeiter. Um diesen  
Verhältnissen Rechnung zu tragen, mußte dem U. B. G.  
vom 6. Juli 1884, welches bloss die in gewerbsmäßigen  
Baubetrieben beschäftigten Arbeiter gegen Vertrags-  
unfälle versichert, das Bauunfallversicherungsgesetz vom  
11. Juli 1887 hinzugesetzt werden, welches, abgesehen  
von dem Dienstbau, nur den Zweck verfolgt, die Ver-  
sicherungspflicht derjenigen Bauarbeiter zu regeln, die

von anderen als gewerbsmäßig Bauarbeiter beschäftigt werden. Die Beziehungsbeziehung zwischen diesen beiden ist es aber vornehmlich, welche zu den berechtigten Klagen der in den Baugewerks-Berufsgenossenschaften vereinigten Baugewerksmeister und Bauhandwerksmeister verläßt.

Es wird nun die alte, an sich ja nicht völlig unberechtigte Klage wiederholt, daß die Verwaltungsbehörden nicht über die pflichtgemäße Einreichung der Nachweisungen über innerhalb ihres Bezirks in dem abgelaufenen Kalenderjahr vorgenommene Bauarbeiten gebührend wachen. Die Petenten fordern, daß statt der Fassung des B.-U.-B.-G. § 22, 2, 3 und 3 in der Gesetzesvorlage die Vorschreit-Ausnahme findet:

Die Behörden sind verpflichtet, garnicht oder nur unvollständig, eingereichte Arbeitsnachweisungen nach ihrer eigenen Kenntnis zu ergänzen, bzw. zu vervollständigen und haben sie zu diesem Zweck festzustellen, welche Bauarbeiten in ihrem Bezirk und durch wen solche ausgeführt werden. Zwecks Ermittelung dessen können sie die hierbei Beteiligten durch Ordnungskräften bis M. 100 anhalten, ihnen die erforderliche Auskunft zu geben. Nach Ablauf jedes Kalenderjahrabschlusses sind die eingegangenen Arbeitsnachweisungen an die zuständigen Organe der Baugewerks-Berufsgenossenschaft unter der gleichzeitigen Bescheinigung einzureichen, „daß, ungeachtet der angekündigten Ermittlungen, weitere oder umfangreichere Bauausführungen, als wie solche die Nachweisungen ersichtlich machen, ihnen nicht bekannt geworden seien.“ Für die aus einer unrichtigen Bescheinigung oder einer verfälschten Erreichung der Baugewerks-Berufsgenossenschaft entstandenen Vermögensnachtheile haftet die Behörde dieser gegenüber, welcher ihrerseits überlassen wird, gegen den jeweiligen Beamten Regrät zu nehmen.“

Die Gingabe verlangt dann, daß auch dem Verhalten der übrigen industriellen, sowie der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften entgegengetreten werde. Es wird da ausgeführt:

„Erfahrungsgemäß und statistisch nachweisbar pflegen die Unternehmer größerer industrieller Betriebe, sowie die Mehrzahl der Landwirte an ihren Bauwerken erheblicher werdende Bauarbeiten in der Weit auszuhören zu lassen, daß sie solche nicht einem Baugewerbetreibenden übertragen, vielmehr durch von ihnen selbst gebogene und gelohnte Bauarbeiter, teils ohne jede Leitung, teils unter solcher eines ihrerfeins Beauftragten bestellt lassen. Es geschieht dies in der Absicht, dadurch billiger zu bauen. Diese Absicht erreichen sie aber nur in der Weise, daß sie die Beiträge für die öffentlich-rechtliche Versicherung ersparen, indem sie weder die Versicherungsträume des B.-U.-B.-G. § 24, noch die noturgemäß dem Arbeitnehmer zugestellten Versicherungsbeiträge eines Baugewerbetreibenden zu entrichten brauchen. So lange nämlich kein Betriebsunfall eintrete, bleibt die vorgenommene Bauausführung den Organen der Baugewerks-Berufsgenossenschaften unbelastet; oder wird auf deren Anfrage als in Nebenbetriebe zu dem Hauptbetriebe ausgeschlagen, bezeichnet. Tritt dagegen ein Betriebsunfall ein, so wird die Sicherungsanstalt der Baugewerks-Berufsgenossenschaft damit belastet, indem dann ein Regiebau behauptet, auch nach den getroffenen Vereinbarungen mit den beschäftigten Personen unschwer festgestellt wird.“

„Dadurch wird aber das Baugewerbe in zweifacher Weise geschädigt. Einmal machen denselben die Unternehmer von Regiebauarbeiten eine wirtschaftlich schädliche Konkurrenz, indem sie ihm sonst zuvollerde Arbeitsmöglichkeiten entziehen, sodann hat der solcherart gefährdete Gewerbezweig noch für diejenigen Unfälle die mögenschwierige einzurichten, welche auf die Tätigkeit Jener entfallen. Dieselben sind aber sowohl an Zahl, wie an Folgegewicht statistisch nachweisbar erheblicher, als die in gewerbsmäßigen Baubetrieben sich ereigneten, was einschließlich aufzuschärfen ist, daß in den letzteren die Regeln der Baufaust bester beobachtet, richtige Konstruktionen angewendet, auch bessere Gerüste hergestellt, Schuhvorrichtungen und Sicherheitsvorrichtungen getroffen, Unfallverhütungsvorschriften mehr beobachtet zu werden streben, worauf bei ersteren in der Regel kein Wehr gelegt wird, weil die dazu erforderliche Fähigkeit fehlt.“

Die Petition bezeichnet diesen Zustand, die Vereicherung der Industrie und der Landwirtschaft auf Kosten der Baugewerbe“ (!!) als einen unhaltbaren, und sie hält deshalb auf den Gesetzesvorlage folgende Vorschreit erforderlich:

a. jeder Unternehmer einer Bauarbeit an den zu seinem Gewerbebetriebe gehörigen Gebäuden, gleichviel ob im Reparatur-, An- oder Neubau, ist verpflichtet, davon der zuständigen Berufsgenossenschaft innerhalb einer Woche letzt finanzierbare Kenntnis zu geben, worauf innerhalb spätestens einer weiteren Woche leistete zu entscheiden hat, ob im Nebenbetriebe zum Hauptbetriebe oder im Regiebau solche ausgeführt werde und unverzüglich darüber der zuständigen Baugewerks-Berufsgenossenschaft mit der Wirkung Anzeige erstattet muß, daß sie der leichteren für alle benennigen Schaden aufzustehen hat, welcher durch die verabschüttete oder zerstörte Mithilfung entstand, insonderheit für die in einem solchen Falle ihr zugefallene Unfall-, Witwen- und Waisenrente.

b. die Reparaturen an den zum Betriebe der Land- und Forstwirtschaft dienenden Gebäuden und sonstigen Bauarbeiten nur insofern als Theile des land- und forstwirtschaftlichen Betriebes

gelten, als sie von Unternehmern land- und forstwirtschaftlicher Betriebe ohne Uebertragung an andere Unternehmer auf ihren Grundstücken ausgeführt werden, und ihre Ausführung thatächlich nicht mehr als sechs Arbeitstage erfordert, wogegen darüber hinaus sie als Regiebauten gelten über welche Arbeitsnachweisungen gemäß B.-U.-B.-G. § 22 einzurichten und wofür Prämien gemäß B.-U.-B.-G. § 24 an die Versicherungsanstalt der örtlich zuständigen Baugewerks-Berufsgenossenschaft zu entrichten sind.

Diese Forderungen sollen beweisen, die den Innungsmännern so unbedeute und verhaftete Konkurrenz der sogenannten „Scharwerker“ und „wilden“ Bauunternehmer einzuschränken, also geradezu ein Gewerbesprivilegium zu begründen. Dazu soll weiter folgende, nach Ansicht der Petenten in die Gesetzesvorlage aufzunehmende Bestimmung dienen:

„daß der selbständige Gewerbebetrieb Denjenigen, zu verlangen sei, von welchen Umlagebeiträge nicht zu erlangen sind, so daß für diese die Mitgliedschaft erleicht und für die von diesen ausgeliehnen Bauten die Grundlage über Regiebauten Platz greifen, also Bahlung nach dem Prämientarif der Versicherungsanstalt, die Haftpflicht des Bauherrn und des Baugrundstücks eintritt.“

Im zweiten Theile der Petition werden den Arbeitern einige besondere „Segnungen“ zugedacht. Es wird da gesammelt, daß das gegenwärtige Gesetz darauf hinaus laufe, den Arbeitgeber durch Strafen zur Erfüllung der ihm auferlegten Verbindlichkeiten anzuhalten und für den aus Verhältnissen, die diesen den Arbeitern entstandenen Vermögensnachtheil verantwortlich zu machen. „Sie verpflichten Gem.-Ord. § 120a in der Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891, Schuhvorrichtungen und Sicherungseinrichtungen zu treffen, sowie U.-B.-G. § 78, die angeordneten Unfallverhütungsvorschriften gewissenhaft zu beachten, um Gefahren für das Leben und die Gesundheit des Arbeiters möglichst vorzubeugen. Verabschüttet er das Eine oder das Andere selbst blos aus Fahrlässigkeit, so setzt er sich den Straffolgen einer fahrlässigen Körperverletzung aus St.-G.-B. § 232 oder fahrlässigen Todtung aus St.-G.-B.-G. § 222 aus. Nebenbei kann er sicher darauf rechnen, von den ordentlichen Gerichten zum Schadensatz verurtheilt zu werden. Der Arbeitnehmer treffe dagegen keine Straffolgen, wenn er der ihm dargereichten Schuhvorrichtungen sich nicht bedient, die vorhandenen Sicherungseinrichtungen nicht benutzt, die erlassenen Unfallverhütungsvorschriften nicht befolgt, obschon er deren Zwecke kannte und sich der Gefahren bewußt war, welche aus seinem geschwiderigen Verhalten zu erwarten waren. Ja, er wird überdies noch hierfür dadurch belohnt, daß er den selbstverschuldet herbeigeführten Schaden ersezt, d. h. eine Rente für sein leichtertig Handeln erlangt. Solches widerspricht dem Wesen der Schadloshaltung, den Zwecken der Allgemeinen Versicherung, den Zielen der auf den Arbeitnehmer erlassenen Gesetze.“ (!!)

Das alte bekannte Lied! Mit echt zünftlerischer Unverfrorenheit wird erklärt, es sei erforderlich, daß auch die Arbeiter, durch die Möglichkeit des Berufslebens ihres Entschädigungsanspruches ein persönliches Interesse daran haben, auf ihren Schutz selbst bedacht zu sein, was geschehe, wenn in der Gesetzesvorlage zum Ausdrucke gebracht werde:

„daß die Betriebsverletzten des Rentenanspruches ganz oder teilweise verlustig gehen können, wenn sie den Unfall durch Zu widerhandeln gegen die angeordneten Schuhvorrichtungen oder erlassenen Unfallverhütungsvorschriften herbeigeführt haben.“

### Bertholdisch-soziale Rundschau.

\* Dem Reichstag ist eine Debitur über die Bau- und Finanzlage bei dem Nord-Ostsee-Kanal zugegangen. Hierin sind in fünf Baujahren, bis jetzt rund 52 000 000 ckm Bodenmaße ausgeboden worden. Die großen Schleusen bei Holtenau, Rendsburg und Brunsbüttelhofen sind im Bauverlauf so trüffig gefordert, daß auf ihre rechtzeitige Fertigstellung geredet werden kann. An den Thoren, sowie den maschinellen Einrichtungen für diese Schleusen wird gearbeitet. Verschiedene Nebenanlagen, wie Gut- und Wasserversorgungsanlagen, sind hergestellt. Mit der Abdichtung der Böschungen ist man auf der ganzen Kanalstrecke beschäftigt. Die Hochbrücke bei Grünthal ist ausgeschafft und dem Eisenbahnbetriebe übergeben. Nachdem im Jahre 1891 die Abteilung des Wasserstandes von der Seetiefstrecke des Eiderkanals stattgefunden hat, wird in diesem Winter mit der Senkung des Wassers auf einer größeren Strecke des alten Kanals fortgesetzt werden. Auf einigen Strecken des neuen Kanals bereits an Stelle des Eiderkanals ein Betrieb für die kleinere Schiffsfahrt statt. Zu Anfang Oktober d. J. waren 5868 Ar-

bauer an dem Nord-Ostsee-Kanal beschäftigt. Bis zum 1. Oktober d. J. waren von dem Baufonds verausgabt M. 80 176 413,18. Zur Ausführung bereits begonnener Arbeiten und Lieferungen ist ferner verfügt über M. 35 590 887,18. Noch nicht begonnene Arbeiten und Lieferungen sind veranschlagt im Vertrag von M. 40 437 436,84, in Summa M. 166 204 737,20. Es besteht nach mit vor die Aussicht, daß der Kanal im Jahre 1895 dem Verkehr wird übergeben werden können.“

\* Zur Frage der Sonntagsruhe. Wie die Berl. Pol. Nachr. hören, hält die Regierung nach wie vor an der Absicht fest, die Ausführungsbestimmungen der Sonntagsruhe in Industrie- und Handwerksbetrieben vor ihrem Erlass Sachverständigen zur Beurtheilung zu unterbreiten. Es soll demandiert eine kleinere Kommission zusammengetreten, welche sich dieser Aufgabe zu unterziehen habe würde. Ob man dabei wohl auch auf sachverständige Arbeiter, oder wieder

\* Das Krankenversicherungsgesetz. Der Reichsanzeiger veröffentlicht das vom 4. Dezember 1892 datirte Gesetz, betreffend die Einführung des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes. Das Gesetz lautet:

„Mittelreicher solcher eingedriebenen und auf Grund landesrechtlicher Vorordnungen errichteten Hilfsklasse, welche am 1. Januar 1893 die im § 75a des Krankenversicherungsgesetzes vorgelehnte Beschränkung noch nicht erhalten, aber bereits vor diesem Tage die hierzu erforderliche Änderung der Statuten mit dem Antrage auf fernere Erlösung oder Genehmigung bei der zuständigen Stelle eingehabt haben, bleiben vor der Verpflichtung der Gemeinde-Krankenversicherung- oder einer nach Maßgabe des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenklasse anzugehören, noch bis zum 1. Juli 1893 besteht, wenn für die Mitglieder dieser Kassen am Grunde des § 75 des Gesetzes vom 15. Juni 1883 und der am 31. Dezember 1892 getroffenen Kassenfassung eine solche Befreiung besteht. Bis zu diesem Zeitpunkte haben die bezeichneten Kassen der Bestimmung des § 49a des Krankenversicherungsgesetzes nur insofern zu genügen, als es sich um den Austritt von Kassenmitgliedern handelt.“

\* Unsere herliche und göttliche Weltordnung“ wird treffend Umschri durch nachstehende Schilderung, wie sie uns von einigen Freunden aus Wiesbaden über die Not- eines Mauers zugegangen ist. Man schreibt uns: „Die Einsicht in die Familie bot ein überaus trauriges Bild. Von den 5 Kindern ist das älteste 8 Jahre alt, und die Frau sieht jeden Tag ihrer Niederkunft entgegen. Es mangelt am allernötigsten; die Kinder haben weder Strümpfe noch Schuhe und an Nahrungsmittern ist ebenfalls nichts vorhanden. Der Vater, der als ein stets famer und stetsiger Kollege bekannt ist, ist vergebens bemüht, durch Arbeit etwas zu verdienen, um seinen um Brott bittenden Kindern den Hunger zu stillen; ihm wird Arbeit nicht gewährt, weil er als sozialdemokratischer Agitator von dem Unternehmerthum gemaßneindet ist. Durch die Krankheit seiner Frau und zweiter seiner Kinder, wodurch ein großer Theil seines Verdienstes in die Apotheke wandern mußte, denn ohne Geld giebt es ja auch im Staate der „Gottesfurcht und frommen Sitten“ keine Heilsmittel, blieb auch ein erheblicher Theil der Hausmiethe rückständig, so daß die Auslegung aus der Wohnung jeden Tag erfolgen kann.“ Soweit der Bericht.

Wahrlich, ein Bild entsetzlichen menschlichen Elends und Jammers, welches uns hier entrollt wird. Aber es ist nur ein Fall, welcher an die Dessenlichkeit gezeigt wird. Es kann die Familien befinden sich in der gleichen schlimmen Lage; Millionen arbeiterkinder müssen schuftarbeiten, daß auch ihnen das Christkind etwas beschreibe. Vergebens! Sie sind die Enterbten und werden es bleiben so lange nicht die Sozialdemokratie aufzuräumen mit den alten vermordeten Büßtändern und einer Gesellschaftsordnung einfügt, die zwar mit der „göttlichen“ nichts gemein hat, dafür aber allem Elend ein Ende macht, soweit dieses durch menschliche Macht möglich ist.

\* Arbeitserlöse. Vom November 1887 bis zum November 1892 sind nach den Angaben des Secretärs der Manchester-Schiffskanal-Gesellschaft 10 500 Arbeiter während des Jahres beschäftigt gewesen. Bei diesen Arbeitern sind 130 Arbeiter direkt getötet, bzw. an den schweren Verwundungen zu Grunde gegangen, welche sie bei den Kanalarbeiten während dieses Zeitraums erhalten haben. Ferner sind 165 Arbeiter durch Unfälle sehr schwer verletzt, während 97 leichtere Unfälle erlitten haben. Die Gesamtzahl der Unfälle beläuft sich auf 1292.

\* Vergleichende Wohnungsstatistik. Eine solche veröffentlicht Professor Dr. Hesse, der Director des Leipzig. statistischen Amtes, in dem „Statistischen Jahrbuch deutscher Städte“.

Für die neun größten deutschen Städte (Köln hat leider nur summarische Angaben geleistet), sowie für zwei Mittelstädte (Altona und Görlitz) liegt hier eine Tabelle von äußerst interessantem und wertvollem Material vor, aus dem wir einige Ziffern mitnehmen. Diese Ziffern beziehen sich auf das schon weit zurückliegende Jahr 1885, für Altona — was für das Ergebnis wohl zu beachten ist — auf 1890.

Für zehn Städte (ohne Köln) sind alle bewohnten Wohnungen nach der Höhenlage der Stadtwerte klassifizirt und deren Bewohner angegeben. Hier interessiert in erster Linie die Kellerwohnungen.

Was die Zahl derselben betrifft, so wurden im Jahre 1885 für Berlin deren 28 023 ermittelt, d. h. nicht weniger als 9,1 Proz. aller beobachteten Wohnungen sind Kellerwohnungen (vor den Aufstiegen sehen wir hier, wie im Folgendem, gänzlich ab). In ihnen wohnten 118 333 Personen = 9,2 Proz. der gesamten Wohnungsvölkerung. Nicht ganz so ungünstig steht es damit in Hamburg, dessen Wohnungsvölkerung sehr mit 9,8 Proz. einer schartigen östlichen Kreisstadt untergeht. In ihnen wohnten 68 688 Personen = 6,9 Proz. der gesamten Wohnungsvölkerung. Ganz anders steht es damit noch in Altona, der Schwesterstadt Hamburgs, wo eine große

Umzahl der ärmeren Bevölkerung häuft, die in Hamburg Verdienst sucht. Hier wurden 1814 derartige Wohnungen geöffnet, d. h. 7,1 Proz. der Gesamtheit, mit 6996 Häusern = 6,6 Proz. der Wohnbevölkerung. In einem Abstande folgen Breslau mit 3242 Kellerwohnungen = 5,8 Proz und 13 145 Bewohner = 4,5 Proz, Magdeburg 1050 = 3 Proz, Dresden 1534 = 2,8 Proz, und 5919 Bewohner = 2,1 Proz. In Görlitz (207), Leipzig (552), München (135) und Frankfurt a. M. (nur 62) sind Kellerwohnungen in neuerster Weise nicht vorherrschend. Das Verhältnis der Bewohnerzahl in ihnen ist übrigens das gleiche wie in den anderen Städten.

Wir müssen es uns hier aus Gründen der Raumersparnis verjagen, die Biffen den bewohnten vierten Stockwerke und der noch höheren anzugeben. In Magdeburg wirkt der Festungsgraben auf den Hochbau beschränkend, in anderen Städten beforgt das die Terrain-Spekulation. Hamburg und Altona weisen in dieser Beziehung sehr niedrige Biffen auf, die geringer sind als die oben genannten Kellerwohnungen. Allein wer die dort von den ärmeren Volksklassen bewohnten Quartiere gekreist hat, wird dagegen die Berliner hohe Miethäuserne als ein Ideal preisen.

Unendlich viel wichtiger ist die Klassifikation der Wohnungen nach der Anzahl der heizbaren Räume. Wenn uns die unberücksichtigten Zahlen vertraut, daß es ohne jeden heizbaren Raum "Wohnungen" gibt in Berlin 2974, fast 1 Proz. aller, in denen nicht weniger als 7675 Personen ermittelt wurden, so kommt sich das Herz des Menschenraumes zusammen und man ist geneigt, an allem Fortschritt der Kultur zu zweifeln. In Hamburg gibt es solcher menschenunmöglicher Behausungen immer noch 407 = 0,4 Proz., in denen 1884 Personen zu leben gewünscht sind; über drei Menschen in jeder, und noch ärgerlich ist es in Altona: 266 Wohnungen = 1,2 Proz. aller, in denen sogar fast vier Personen im Durchschnitt hausen! Und selbst die Städte mit relativ günstigen Verhältnissen sind nicht ganz von diesem Jammer frei.

Bezüglich der überwölferten Wohnungen werden folgende Angaben gemacht:

Ohne jeden heizbaren Raum und von 6 und mehr Personen bewohnt, gab es in Berlin 240 (1) Wohnungen, in Hamburg deren 56, in Altona (1) und München 30, in Magdeburg 18, in Dresden 16, in Görlitz und Frankfurt a. M. hatten 2, Leipzig 1.

Wahrhaft erschreckende Biffen aber hat Breslau. Hier wurden nicht weniger als 7178 Wohnungen, d. h. 16 Proz. aller bewohnten konfektion, die aus einem einzigen heizbaren Raum bestanden und von 6 und mehr Personen bezogen waren, davon waren wiederum  $\frac{2}{3}$  ohne Nebengelab. Das sind geradezu grauenrengende Zustände.

Nicht viel besser ist die ärmerere Bevölkerung Magdeburgs daran, woselbst 3899 derartige Wohnungen, über 10 Proz. aller, ermittelt wurden. Es folgen: Hamburg mit 6811 = 8 Proz. und Berlin trotz der absoluten Höhe von 9429 nur mit 2,9 Proz. Sehr ungünstig sieht es auch in Dresden und Altona; aber wieder zeigen selbst Leipzig und Frankfurt a. M. dass auch hier die jämmerlichsten total überwölferten Wohnungen noch über 3 Proz. der Gesamtheit ausmachen.

Für die Wohnungen, welche mehrere Haushaltungen in sich schließen, liegen nur aus 4 Städten Angaben vor. Hamburg hat deren 3849 mit 2 205 mit 3 und 36 mit 4 und mehr Haushaltungen. Für Breslau lauten die bezüglichen Biffen: 288, 12 und 1; für Leipzig 1371, 151 und 26; für Dresden sind nur 151 Wohnungen mit mehr als einer Haushaltung angegeben. Welchen Jammer und wie viele Unjustizität diese Verhältnisse erzeugen, braucht wohl nicht weiter ausgeschildert zu werden.

**Rechnungsergebnis der Berufsgenossenschaften.** Wie alljährlich, ist dem Reichstage ein umfangreicher Bericht über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für 1891 zugegangen, dem wir nachstehende Daten entnehmen (die entsprechenden Biffen des Vorjahrs stehen in Klammern):

In Tätigkeit waren im Jahre 1891 überhaupt 112 Berufsgenossenschaften und zwar 64 gewerbliche und 48 landwirtschaftliche; dieselben waren in 913 (911) Sektionen eingehieilt. 1086 (1083) Mitglieder der Genossenschaftsvorstände, 5247 (5244) der Sektionsvorstände und 22 795 (21 723) Vertretungsmänner bewirkten die Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften, für welche außerdem 165 (148) angestellte Beauftragte als Revisions-Ingenieure etc. tätig waren. Bei 1000 Schiedsgerichten wirkten 4019 (4072) Arbeitervertreter mit. Verbrieft waren 5 181 761 (5 284 243) Betriebe mit 17 883 827 (18 015 270) verbrieften Personen, doch dürften unter den Letzteren I bis 2% Millionen Personen doppelt erscheinen, die sowohl in gewerblichen, wie in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und versichert sind. Außerdem sind in der Zahl der Versicherten mitenthalten die versicherten landwirtschaftlichen Unternehmer, deren Zahl kaum sehr weit hinter den Zahl der versicherten landwirtschaftlichen Betriebe von 4 776 520 zurückbleiben dürfte.

**Über die Vermögensverhältnisse der Berliner Innungen** der Vorstände derselben der städtischen Gewerbedepuration, als der zuständigen Aufsichtsbehörde, Angaben gemacht, aus denen zu entnehmen ist, daß von den dort bestehenden 70 Innungen elf ein Vermögen nicht besitzen und einige andere nur sehr geringe Beträge als Grundstock zu einem Vermögen angelegt haben. Als die reichste Innung erscheint die der Schläger, welche ein Vermögen von M. 450 000 angegeben hat; hier folgt die Schneidereiinnung, welche M. 38 000 als Innungsvermögen definiert. Die Schuhmacher sind als ihren Kapitalbesitz das Innungshaus Fischerstraße 25 an; der Wert des Gebäudes nach bararem Gelde ist nicht angegeben. Der Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister gibt M. 25 000 und die Schornsteinfegerinnung M. 16 000

als Innungsvermögen an. Das Vermögen der übrigen Innungen ist bei jeder einzelnen niedriger, als die vorangegangenen. Die Ausgaben der einzelnen Innungen für Innungszwecke entsprechen nicht überall den Vermögensverhältnissen der Innungen. Oberan steht mit der höchsten Ausgabensumme, für das verflossene Jahr der Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister mit M. 36 000; die Bäckerinnung gibt ihre Jahresausgabe für Innungszwecke auf M. 14 500 an; ihr folgen die Gastwirthschaft mit 7500, die Maler mit 6000, die Schornsteinfeger mit 8000, die Schlosser mit 7000, die Tagesarbeiter mit 5700 und die Schuhmacher mit 5200. Bei den übrigen Innungen beträgt die Jahresausgabe weniger als M. 5000. Die Vorrechte aus § 100e der Gewerbeordnung (betreffend Regelung von Streitigkeiten zwischen Meistern und Lehrlingen, Lehrprüfungen und Beaufsicht zum Lehren von Lehrlingen) sind gegenwärtig an zwanzig der Berliner Innungen, jedoch nicht an alle im vollen Umfange verliehen worden.

\* **Der österreichische Staat als Unternehmer.** Dem österreichischen Abgeordnetenhaus ist eine Petition von 1400 Bergarbeitern Pragramm zugegangen, welche auf die Schlomperei der österreichischen Behörden, ein gretliches Licht wirft. Die Wiener Arbeiterbestellung "gibt Einiges Daraus zu verstehen. In der Einleitung der Petition wird u. a. darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse der Bergarbeiter nirgends so schlecht sind wie beim l. l. Silber- und Bleibergbau in Pragramm, sie sind geradezu unerträglich. Der Bohn ist für ein menschenunwürdiges Dasein gänzlich unzureichend. Trotzdem wird er nicht einmal voll ausbezahlt. Die Bergverwaltung zahlt den Arbeitern durch eine lebenswerte Praktik, um 20 pgt. weniger aus, als sie nach dem vom Ackerbauministerium genehmigten Bohntarife auszahlen sollte. Da sich nach den Bohnhöfen die Kranken- und Invalidenrente rückt, werden die Arbeiter auch in dieser Hinsicht geschädigt und verlustig. Doch schädlich und verwerthlich ist die Einführung der Arbeiter nach Bohnhöfen, z. B. die Unterzeichnung von Heuern erster und zweiter Klasse. Für gleich schwere Arbeit wird ungleicher Lohn gezahlt, was Anlaß zu Unfrieden und Ungerechtigkeiten gibt. Die Bergverwaltung verfährt bei der Klassifikation willkürlich. Übersteigt bei Ackerarbeit der Ackerlohn den festgesetzten Pfostenlohn (Tagegeld), so wird den betreffenden Ackerarbeitern der Wehrverbund ganz einfach abgezogen, und die Arbeiter erfahren von dem Abzug nicht bei der Auszahlung. Wegen geringer Bergesen, die nicht selten von Vorgesetzten mitverübelnd werden, werden Arbeiter entlassen und verlieren ihre Ansprüche auf die Beuerlade.

Die Petenten stellen folgende, für einen staatlichen Betrieb zum Theil bezeichnende Forderungen: "Die Arbeits- und Strafvorschriften bei den l. l. Pragammer Werken sollen revidiert werden, da sie entgegen den Bestimmungen des § 200 des Allgem. Berggesetzes vom 23. Mai 1854 ohne Zugabeung der Arbeiter festgelegt wurden. Die mitunter draconischen Strafvorschriften sind den Arbeitern aufgezwungen worden. Da diejenigen Bruderladestudenten weder dem Bruderladengesetz vom Jahre 1889 nebst Ergänzung vom Jahre 1891, noch den Anforderungen der Bergarbeiter entsprechen, sollen sie durch das Ministerat erzeugt werden, welches vom Ministerium im Jahre 1890 herausgegeben und auf den Bergarbeitertagen verbreitet und angenommen wurde. Die Freizeitlängkeit darf durch die Bruderlader nicht behindert werden. Die Bruderlader sollen im Sinne der Resolution des Bergarbeiterlages vom 18. und 19. Oktober 1891 centralisiert werden. Die Engahlungen in den Bruderlader sollen bei den dermaligen Bohnverhältnissen vier Prozent vom Bohngulden nicht übersteigen. In die Versicherung sollen die Frauen und Kinder der Bruderlademitglieder einbezogen werden. Die Arzneien sollen unentgeltlich verabreicht werden, den Begräbnisbeitrag soll das Mitglied erhalten, ohne Rücksicht in welchem Renten- es wohnt. Die Funktionen des Bruderlader müssen frei und ohne Einschränkung der Bergverwaltung von den Mitgliedern gewährt werden, desgleichen die Arzte. Einzelne Berufspflichten errichtet werden. Den Bruderlader soll die Regierung eine Subvention gewähren, damit sie endlich dem Gesetz vom Jahre 1891 gemäß, ihre Tätigkeit entfalten können. Das l. l. Revieramt in Prag und die Stadt-Boromäusgemeindeheit des Silber- und Bleibergwerke in Pragramm werden aufgefordert, eine aus heiderzeit gewählten Vertretern bestehende Kommission einzurichten, welche eine den Verhältnissen und der fortgeschrittenen Zeit entsprechende Arbeitsordnung auszuarbeiten hat. Streitfälle sollen durch ein Schiedsgericht geschlichtet werden. Die Petition wird dem Ackerbauministerium und dem Reichsrath an die schlesmigen Erledigung empfohlen.

**Das Schwinden der handwerklichen Tüchtigkeit.** Das amerikanische Kapitalisten-Organ "Engineering Magazine" bringt einen Artikel, in welchem der rapide Erfolg fast jedweder "geschnitten" oder "gelehrten" Arbeit durch den modernen Maschinen-Länder" in lebendiger, wenn auch etwas sentimentalier Darstellung geschildert wird:

"Das Schwinden persönlichen Geschicks und künstlerischen Geschmacks unter den Handarbeitern resultiert nicht allein in aus dem Mangel am Bedarf an solchen allseitig gesellten Leuten, wie man sie noch vor 50 Jahren verlangte, sondern aus dem Mangel an liebevollem Interesse, welches die Arbeiter früher Zeiten empfanden, wenn sie etwas von ihrer eigenen Individualität in das hineinlegen konnten, was sie produzierten. Heutzutage hat der Arbeiter nichts zu thun, als ein ihm vorgelegtes Schema auszuarbeiten oder besser, er hat nur eine Maschine zu bedienen, um einen Theil eines Schemas auszuarbeiten, das ein Künstler vorbereitet, den er nicht kennt, vielleicht niemals gesehen hat. Das Gesamtprodukt mag sehr schön sein, wenn alle einzelnen Theile zusammengestellt sind, aber der Arbeiter hat die Empfindung, daß er keinen persönlichen Anteil an der Schönung dieses Schönen hat. Er ist zum Regulator einer Maschine geworden; er schärft sein Handwerkzeug, bringt es in die richtige Lage, läßt seine Maschine und legt das Rohmaterial auf, welches verarbeitet werden soll. Alle Genauigkeit, alle Feinheit der Arbeit ist dem leblosen Wesen zu danken, nicht dem lebenden Werkzeug. Welches Interesse antreibt? Welcher Arbeiter, wenn die Feierabend-Glocke läutet, wird noch zögern bei der Arbeit verweilen, um mit einem letzten prägenden Bild darnach zu sehen, ob er auch, zufrieden mit seiner Tagesarbeit, delinge kann? — Obschon wir viel gewonnen haben durch die Einführung arbeitsparender Maschinen, haben wir doch auch etwas verloren, was wir sicherlich nicht bald wieder gewinnen werden: die Liebe zur Arbeit und den Stolz auf die vollbrachte Leistung — die Erzeuger des Gedächtnis der Handarbeit. Der Verlust scheint Biesen unüberbringlich verloren, aber er ist darum nicht minder beläugenswert."

Die Feriemade ist nur allzuwahr; aber sie verschafft ihren Eindruck, weil der Verfasser derselben es dabei beweisen läßt, weil er schwäbisch lösend sich "in's Unvermeidliche" fügt, anstatt nach einem Auswege zu suchen. Sieht er ernstlich nach einem solchen Auswege, ihm würde sofort der Gedanke auffallen, daß nur die Füllung der Arbeitskünste und die Taschen-Arbeiterklasse, daß der Arbeiter für die Taschen-Arbeiter klasse, jene mechanische Arbeit zur Qual machen. Kampft heute schon die Berufszunft der Arbeitheit und in Zukunft für die Einführung eines Wirtschaftssystems, welches alle mechanische Arbeit auf das technisch denkbare geringsste Maß von Arbeitskunden beschränkt! Dann muß diese kurze mechanische Arbeit als eine körperliche Erholung, nicht als eine Last empfunden werden und dann wird der Einzelne volauf Muße erhalten, seinem Schaffenstreben zu persönlicher Genugtuung auf eigenem Faust freien Lauf zu lassen.

Wer die Augen weit genug öffnet, um das zu sehen, der wird über die Entwicklung der arbeitsparenden mechanischen Produktion keine Feriemade antnehmen, sondern mit uns dahin streben, sie in den Dienst der ganzen Menschheit zu stellen.

### Der Antisemitismus und die Arbeiter.

Die Antisemiten, an ihrer Spitze fanatische Pfaffen, abgediente Offiziere und allerlei zwielichtige Existenz, verbergen, beflecken auch die Handarbeiter und Lohnarbeiter für ihre Sache zu gewinnen. Es herrschen in den Kreisen der Letzteren vielfach noch falsche Aufstellungen über das Wesen des Antisemitismus. Deshalb hat der leiste sozialdemokratische Parteitag in Berlin Stellung zu dieser Frage genommen mit einer Resolution, die folgendes erklärt:

Der Antisemitismus entspringt der Wirkung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedroht fühlen und zum großen Theil durch diese Entwicklung dem wirtschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Kenntnung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervortretende Erziehung richten, die ihnen im Konkurrenzkampf besonders unbehaglich wird, gegen das jüdische Ausbeuterthum.

Dieser sein Urteil zwingt den Antisemitismus zu Forderungen, die ebenso mit den wirtschaftlichen wie politischen Entwickelungsgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft im Widerspruch stehen, also fortgeschrittsfeindlich, d. h. reaktionär sind. Daher auch die Unterstützung, die der Antisemitismus vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen findet.

Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeuterthum muss notwendig erfolglos sein, weil die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigenständliche Gewerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt.

Da nun die Sozialdemokratie der entstiegenen Feinde des Kapitalismus ist, einerlei ob Juden oder Christen seine Träger sind, und da sie das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu beflecken, indem sie die Umwandlung derselben in die sozialistische Gesellschaft herbeiführt, wodurch aber Herrschaft des Menschen über den Menschen, wie aller Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende bereitet wird, lehnt die Sozialdemokratie es ab, ihre Kräfte im Kampf gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch falsche und darum wirkungslos werdende Kämpfe gegen eine Erziehung zu zerstören, die mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt.

Die Sozialdemokratie kämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung, welche jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten aufgehetzten Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntnis kommen müssen, daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist, und daß nur die Befreiung des Sozialismus sie aus ihrem sozialen Elende befreien kann.

### Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

\* **Der Vorstand des Unterführungsvereins** Deutschen Buchdrucker macht bekannt, daß sich der Vorstand und der Tarifausschuss des Deutschen Buchdrucker-Vereins mit einer Revision des seither gültigen Tarifs beschäftigt und die Prinzipale Deutschlands aufgefordert haben, diesen revidierten Tarif vom 1. Jan. 1893 ab zur Einführung zu bringen und einzuhalten. Der revidierte Tarif enthält in seinem ersten (materiellen) Theil keine Änderungen, während der zweite Theil betrifft den Minimums der Druckerei bis zu 6000 Einwohnern und der Bezahlung der Ausgelehrten vor dem bisherigen Tarife abweichen. Um die Nachwesen des Kampfes zu beflecken, geregelte Zustände wieder herbeizuführen und im Interesse des gewerblichen Friedens, mit den

augenblicklichen Verhältnissen rechnend, fordert der Vorstand des Unterflügelvereins seine Mitglieder auf, das Bestreben des Prinzipialvereins zu unterstützen und den abgeänderten Tarif anzunehmen.

\* Die vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts veröffentlich in der "Schwäb. Tagwacht" die Adressen von Beraternen, um zu verhindern, dass dem Gewerbe eine Art Praktik des Nachtreibens Schaden bringt. Diese empfehlenswerte Einrichtung ist in nicht weniger als 22 Orten geschaffen, und zwar in Aalen, Wasseralfingen, Cannstatt, Calw, Ebingen, Esslingen, Frankenbach, Gmünd, Göppingen, Hechingen, Herrenberg, Heilbronn, Hohenzollern, Kirchheim, Ludwigsburg, Oberkirchheim, Ravensburg, Schramberg, Stuttgart, Tuttlingen, Unterkirchheim, Ulm.

\* Mecklenburgisches. Dass Mecklenburg, wie in vielen anderen Dingen, auch bezüglich des Vereins- und Versammlungswesens eine urreactionäre Stellung einnimmt, dürfte allgemein bekannt sein. So schreibt die drei Verordnungen über das Vereins- und Versammlungswesen vor, dass zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung zu politischen Zwecken die Genehmigung des Ministeriums des Innern einzuholen ist; alle anderen öffentlichen Versammlungen, mit denen ein politischer Zweck nicht verbunden ist, bedürfen einer solchen Genehmigung nicht, noch unterliegen dieselben der Anzeige Pflicht. Eine andere Ansicht scheinen aber Bürgermeister und Rath der ländlichen Stadt Grabow i. M. zu haben, wie aus nachstehendem Bericht hervorgeht, der dem Ehrenrat einer öffentlichen Mauererversammlung, in welcher Paul Hannover einen gewerkschaftlichen Vortrag zu halten beabsichtigte, zu Thesi wurde. Der Bericht lautet:

"Auf Ihre Eingabe vom 24. M. wird hierdurch erwiesen, dass öffentliche Versammlungen nur nach autor erwirkter Genehmigung des hohen Großherzoglichen Ministeriums des Innern zu Schwerin angezogen werden dürfen und die Teilnahme an unerlaubten Versammlungen bestraft wird."

Grabow, den 24. November 1892.  
Bürgermeister und Rath  
(Name unleserlich)

den Maurergesellen Carl Flau

hier selbst."

Wir dachten, es wäre praktischer, wenn die Städte, überhaupt im Mecklenburgischen Lande sich eine Kompromiss der Gesetze eingerichtet, als ohne Weiteres Arbeiterversammlungen unmöglich zu machen.

\* Aus dem Handelskurstschreiber. Von uns, sagt die "Märk. Volksstimme", liegt der Brief des Sohnes eines alten, angesehenen Einwohners von Frankfurt a. d. O., welchen dieselbe heimlich in dem Gefängnis einer westfälischen Stadt geschriften und einem Mitgefangenen bei der Entlassung mitgegeben hat. Es ist das alte Lied, beim Betteln aufgegriffen, der Landes-Polizeihörde überwiesen und von dieser in's Arbeitshaus gebracht, hatte er seine Zeit verbrüht und wurde wieder entlassen. Er hat bis zum Abgang des nächsten Juges, welcher ihn nach der Heimat bestachern sollte, noch einige Stunden gelebt. Er geht bei den Meistern seines Gewerbes noch umhauen, wird, da der Beamte vermutet, doch er beide eingestellt und von dem Gericht des Landes-Polizeihörde überwiesen, wo er nun 1-1½ Jahre über unzureichende Wirtschaftsordnung nachdienen kann. Doch hören wir den unglücklichen jungen Menschen.

Hagen, den 6. Dezember 1891.

Lieber Vater! Du wirst gewiss sehr böse werden, wenn Du diesen Brief gesehen hast; aber ich kann es Dir nicht vorenthalten, damit Du nicht in Ungewissheit bleibst. Als ich neulich, damals am 22. Oktober, an diesem Bahnhofe ausstieg, ging ich noch der Herberge zur Heimat, wo ich Antwort geschrieben habe. Darnach ging ich, um mir etwas zu essen zu kaufen, und da der nächste Zug erst Nachmittags 3 Uhr fuhr, wollte ich gleich bei einigen Meistern nachhören, aber ich war noch nicht weit gegangen als ich plötzlich auf der Straße verhaftet wurde. Und nachdem ich drei Tage in Untersuchung gesessen, wurde ich zu sechs Wochen Haft und Überweisung an die Landes-Polizeihörde verurtheilt, weil ich sollte gebettelt haben. Ich legte Berufung ein, aber sie wurde verworfen. Lieber Vater! Ich komme also wieder in's Arbeitshaus und ich kann Dir diesen Kummer nicht ersparen; und wäre ich doch lieber damals gestorben, dann hättest Du doch keine Sorge mehr um mich gehabt! Lieber Vater! Jetzt werde ich wohl für immer verloren sein, denn diesmal werde ich wohl 1½ Jahr haben und leben werden wie uns beide nicht wiedersehen. Lieber Vater! Ich danke Dir für alles Gute, was Du an mir gethan hast, und such mich zu vergessen. Diesen Brief habe ich heimlich im Gefängnis zu Hagen geschrieben und nehm' von Dir Abschied. Lieber Vater! Behalte meinen Bruder Paul zu Hause; lass ihn garnicht in die Fremde gehen, auf das er nicht auch auf diese Bahn gerät. Lieber Vater! Gräfe alle Verwandten und sage ihnen Bescheid, denn dies wird wohl mein letzter Brief sein. Traurig ist her Anfang gewesen und traurig wird auch mein Ende sein, denn ich habe jetzt alle Hoffnung verloren. Zu Hause werden ich wohl nicht kommen können, wenn ich meine Zeit um habe. Also, lieber Vater, lache mich zu vergeßen, denn meine Schande ist groß. Dein in Schwermuth und Traurigkeit verhunkende Sohn.

Der noble Württemberger, der, mit Glacéhandtüchern und Pinzenetzen bewaffnet, Hinz und Kunz anpumpt, anbietet und davon sein Leben führt, ihn bestraft das Gesetz nicht. Der arme Arbeiter dagegen, der keine Arbeit findet und, um nichts zu verhungern, vor den Thüren sich ein Stück Brot und ein paar Bierkrüge zur Belohnung des Nachquartiers erbittet, ihn trifft das Gesetz mit ganzer Schwere. Uebrigens war das vorliegende Delikt doch kaum Betteln zu nennen. Der Handwerksgehilfe übt einen Handwerksbrauch, das "Umshauen", aus, das im Handwerk garnicht als Betteln betrachtet wird. Um so schändender sieht unterer Ansicht nach — die Verurtheilung des unglimmenden jungen Mannes im Widerspruch mit dem Volks-

bewusstsein, mag das gerichtliche Urtheil eine Perle juristischer Weisheit sein oder nicht.

\* Den Londoner Grafschaftsrath verhandelte fürsächlich über die Frage, was unter den "gerechten Löhnen" zu verstehen sei, die er in seinen Diensten stehenden Arbeitern zahlen soll. Da die Meinungen über den Begriff "gerecht" weit auseinanderliegen, wurde zur Erledigung der Frage ein eigener Ausschuss niedergestellt. Dieser Ausschuss hat nun die Meinung John Burns' und der übrigen Arbeitervertreter akzeptiert, wonach der Grafschaftsrath eine Liste aufstellen lassen soll, in welcher die Löhne aller verschiedener von ihm beschäftigten Arbeiter verzeichnet sind. Dieser Liste liegen die von den Londoner Gewerkschaften als geltend betrachteten Löhne zu Grunde.

Mieten fallen sehr stark und sind die Bauaussichten für 1893 sehr ungünstig.

Frankfurt a. M. Im Jahre 1892 wurde ebenso viel gebaut wie in den letzten zwei Jahren und bestanden die meisten Bauten leider aus Speulationsbauten, deren Ausführung meistens in den Händen von Unternehmern und berufsunfertigen Kapitalisten lag. Bei den Submissionen wird immer mehr unterboten und die Behörden sehen bei Erteilung des Baublages viel zu wenig auf die Täglichkeit der Unternehmer. Streiks kommen nicht vor, die Materialienförderung geschieht meistens durch Menschen, indem führen sich die Fabrikarbeiter allmählig mehr und mehr ein. Die Mieten sind eher fallend als steigend, die ungefähr 3000 Wohnungen leer stehen. Die Bauaussichten für das Jahr 1893 sind schlecht.

### Aus den Bauberichten der "Baugewerkszeitung"

heben wir folgende hervor:

Lübeck. Im Jahre 1892 wurde weniger wie im Vorjahr gebaut. Die Bauten bestanden meistens aus Privatbauten und Speulationsbauten geringer Art. Bauten besserer Ausführung stellen "solide Meister" her, während die geringeren Bauten nur von unbedeutenden Unternehmern ausgeführt wurden. Bei allen Submissionen wurde stark unterboten; da die Submissionen öffentlich sind, befinden sich auch "geringere Unternehmer" an denselben. Streiks kommen nicht vor, die Materialienförderung geschieht meistens durch Menschen, für welche sich Maschinenbetrieb eignet, gelangen nicht zur Ausführung. Die Mieten in der inneren Stadt und in der Gegend sind eher fallend, die Bauaussichten nicht gut, trotzdem die Ausführung einiger größerer öffentlicher Bauten in Aussicht steht.

Stettin. Die Bauthäufigkeit war im Jahre 1892 geringer wie im Vorjahr und bestanden die Bauten zu gleichen Theilen aus öffentlichen und Speulationsbauten. Letztere wurden von Meistern, leichtere von Unternehmen ausgeführt. Bei den Submissionen waren die Ausschreibenden meistens Meister, es wurde stark unterboten. Streiks kommen im Baugewerbe nicht vor, die Baumaterialien werden meistens durch Menschen befördert. Die Mieten sind fallend, die Bauaussichten bestimmt, voraussichtlich wird die Bauthäufigkeit schwächer wie bisher.

Cottbus. Die Bauthäufigkeit hat im Jahre 1892 erheblich nachgelassen und wurde dieselbe nur durch die baulichen Baumaterialienpreise etwas angeregt. Die besseren Bauten wurden von "soliden Meistern", die Häuser in den Vorstädten von "geringen Bauunternehmern" ausgeführt. Submitionen wurden nur kleinere städtische Bauten und deren Ausführung an "solide Meister" vergeben. Streiks kommen in diesem Jahr nicht vor, die Baumaterialien werden ausschließlich durch Menschenförderung gefördert. Mietpreise fallend, die Bauaussichten für das Jahr 1893 nur gering.

Cöslin. Im Jahre 1892 wurde weniger wie in den Vorjahren gebaut und zwar bestanden die Bauten fast nur aus Privatbauten auf Bestellung; öffentliche Bauten fanden nicht zur Ausführung. Die Bauten wurden zum größten Theile von Bauunternehmern, ein kleiner Theil nur von "soliden Meistern" ausgeführt. Bei den unbedeutenden Bauten am Radebeulerbaude, zu deren Submissionen nur Meister herangezogen wurden, wurde wenig unterboten. Die Maurergesellen streiken vom 21. Juni bis jetzt; ob im nächsten Jahr Streikvorwarnungen werden, ist unbestimmt. Aufsicht auf Arbeit für 1893 ist nur schwach. Die Materialienförderung geschieht durch Menschen, die Mietbauten sind fallend.

Potsdam. Im Jahre 1892 wurde wenig gebaut, es kamen wenig Neubauten zur Ausführung, nur die begonnenen wurden fertiggestellt. Öffentliche Privat- und Speulationsbauten wurden zu gleichen Theilen hergestellt und beteiligten sich an deren Ausführung neben den Meistern die Unternehmer verschiedener Qualität. Auf den Submissionen wurde stark unterboten und wurde den Mindestfordernden der Zuschlag ertheilt. Streiks kommen nicht vor, die Materialienförderung geschieht hauptsächlich durch Menschenkraft. Die Mieten zeigen in letzter Zeit eine fallende Tendenz. Die Bauaussichten sind z. B. nicht besonders günstig.

Halle a. S. Im verflossenen Jahr wurden die im Vorjahr begonnenen städtischen Bauten fortgesetzt und so weit als möglich vollendet; Speulations- und Bedienstbauten fanden in diesem Jahre weniger zur Ausführung. Die städtischen Bauten lagen in den Händen "solider Meister", während die Speulationsbauten von sogenannten Bauunternehmern hergestellt wurden. Bei Submissionen wird sehr stark unterboten und der Zuschlag stets dem Billigsten ertheilt, gleichviel, ob derfahe Meister oder Unternehmer ist. Streiks kommen nicht vor und stehen auch nicht in Aussicht, die Förderung der Baumaterialien geschieht ausschließlich durch Menschenkraft. Die Mietpreise sinken infolge der vielen leerstehenden Wohnungen sehr bedeutend, die Bauaussichten für 1893 sind, soweit sich dies jetzt überhaupt beurtheilen lässt, nicht gut.

Leipzig. Im Jahre 1892 wurde sehr wenig gebaut und liegt das Baugeschäft fast vollständig darin, dass die Bauten bestanden aus öffentlichen und Privatbauten. Im Stadtgebiete haben die Speulationsbauten nachgelassen und hat sich die Speulationswut jetzt mehr auf die Vororte geworfen. Die Ausführung der öffentlichen Bauten lag in den Händen der Ausmietunternehmer, während die Privatbauten meistens von Bauunternehmern ausgeführt wurden. Die Speulationsbauten der Vororte blieben zum größten Theile der Unternehmer geringster Qualität zur Ausführung. Oftgleich als den Submissionen nur "solide Meister" herangezogen wurden, wird doch sehr stark unterboten. Streiks kommen nicht vor und stehen auch nicht in Aussicht. Die Materialienförderung geschieht meistens durch Menschen, theils durch Elevatoren. Die Interesse für die Sache besser als bisher zu werden.

### Arbeitslosigkeit und Notstand.

Gegen 1500 Arbeitslose Magdeburg wählen in einer Versammlung eine fünfzehnköpfige Kommission, welche den Magistrat um Beschaffung von Arbeit eruchen soll.

Die Kommission der Arbeitslosen hat vom Oberbürgermeister auf ihr Geschäft um Beschaffung von Arbeit eine unbefriedigende Antwort erhalten. Nach dem Bericht der "Volkssstimme" erwiderte jener Beamte, der Magistrat erkenne wohl an, dass die Beiten schlecht seien, doch sei die Noth noch keine so große, um außergewöhnlichen Mitteln zu greifen. Nach seiner Meinung seien die Arbeitsverhältnisse günstiger als voriges Jahr um dieselbe Zeit. Augenblicklich wären an den verschiedenen städtischen Bauten, da der Winter noch nicht sehr vorgeschritten, noch über 1000 Personen beschäftigt. Auch in den Eisen- und Zuckerfabriken seien wenigstens nach den ihm gemachten Angaben noch mehr Leute beschäftigt als andere Jahre und durch den Unstand, dass die Lebensmittel etwas billiger seien als sonst, glaube der Magistrat annehmen zu müssen, dass gegenwärtig vor einem außerordentlichen Notstand keine Rede sein könne. Wenn es aber allzu sehr hungere, denn stände es ja frei, die in den nächsten Tagen zur Ausstellung gelegenen Suppen in Anspruch zu nehmen. Sollte aber die Noth weiter um sich greifen, so wäre der Magistrat in der Lage, 6-800 Mann einige Monate beschäftigen zu können. Den Zeitpunkt aber zu bestimmen, wann dieses eintreten könnte, müsse er sich selbst vorbehalten, jedenfalls aber vor Neujahr nicht mehr. Was den Wunsch der Arbeiter betrifft, den Lohn auf 80 & die Stunde festzulegen, so glaube er wohl schwerlich, dass dies entsprechen zu können. Eine Einladung zum Besuch der inszwischen stattgehabten Arbeitslosen-Versammlung lehnte der Oberbürgermeister ab. Diese Versammlung nahm die am 16. Dezember tagte, erklärte sich in einer einstimmig zur Annahme gelangten Resolution vor der Antwort des Oberbürgermeisters nicht befriedigt und forderte sofort Arbeit und auskömmlichen Verdienst. Ferner protestierte sie gegen die Ansicht, dass die Arbeitslosen ohne Baulunternehmer nicht zu arbeiten vermögen, und verlangte, dass die sogenannten Notstandsarbeiten nur direkt an die Arbeiter vergeben werden und zwar für denselben Tag, den die Unternehmer im vorigen Jahre bei der Frontfront erhalten haben, sowie dass sämmtliches zur Ausführung der Arbeiten gehörige Material vom Magistrat zur Verfügung gestellt wird.

Um den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, hatte die Kommune Mühlhausen in Thüringen M. 5000 bewilligt, was anzuerkennen ist. Zu tadeln jedoch ist, dass der den Arbeitslosen zugesagte Stundenlohn von 14 & auf 18 & gefixt wurde, so dass diese wöchentlich nur M. 6 bis 7 verdienten können. Wie bei solchem Verdienst der Arbeiter Januar seiner Familie sich soll ernähren, Miethe, Kleidung usw. bezahlen soll, ist ein Rätsel, dessen Löfung sich ebenfalls auch dem Mühlhäuser Magistrat schwer fallen lässt. Wegen der Rohlführung ist es dieser Tage zu einem Streit der Arbeiter gekommen, der durch beiderseitige Verständigung allerdings bald sein Ende fand. Immerhin ist es charakteristisch für die herrschenden Klasse, dass selbst da, wo sie einmal selbst einleben, dass dem Arbeiter auf außerordentliche Weise geholfen werden muss, sie noch eine Sparstele über, welche bei mancher Gelegenheit viel mehr am Platze wäre.

Kein Notstand? Der Oberbürgermeister von Bielefeld soll, wie die "Dortl. Volkswoche" mittheilt, der Deputation der Arbeitslosen erläutert haben, er könne das behaupten, Vorhandensein eines Notstands nicht anerkennt. Das genannte Blatt teilt die besagten Ausführungen aber nur mit Reserve mit. jedenfalls ist auch gar kein Grund zu der Annahme vorhanden, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse in Bielefeld bessere wären als anderswo.

Eine Statistik der Arbeitslosen war auch von der Generalkommission der Braunschweiger Gewerkschaften aufgenommen worden. Das Resultat ist nach dem "Braunschweiger Volksfreund" folgendes: In der Sitzung, in welcher die Vertreter die Listen abstellen sollten, waren nicht alle Vertreter anwesend; man stellte fest, dass über 80 Listen, nicht abgelese, sondern eingetragen, hatten sich 848 Arbeitslose. Unter den Eingeschriebenen befanden sich viele, die schon sehr lange Zeit arbeitlos waren und eine große Anzahl Kinder zu ernähren haben. Von mehreren Vertretern wurde erwähnt, dass diese Angelegenheit viel ausführlicher und ernster in die Hand genommen werden müsse. Es fehlen bedenklich mehr Arbeitslose am Platze; aber leider hatten viele eine gewisse Furcht, sich auf unsere Listen einzutragen. Sie glaubten, ihre Namen würden veröffentlicht, und sie könnten dadurch geschädigt werden. Man beschloss nun, nochmals einen Aufruf im "Volksfreund" zu erlassen und mitzutheilen, dass in sämmtlichen Herbergen, sowohl in der Expedition des "Volksfreund" Listen zum Einzeichnen anliegen. Aushandeln wurde beabschlossen, Platzes an den Anschlagsäulen das Interesse für die Sache besser als bisher zu werden.

## Der Grundstein.

Die Arbeitslosen brauchen wogig, sollten am Montag vorher Woche vom Magistrat Arbeit zugewiesen erhalten. Als sie ankommen, würden sie auf Dienstag vertrieben. Dienstag hieß es, die Vermessungsarbeiten seien noch nicht beendet; ferner sollten die Arbeitslosen vorher nach dem Stadthause gehen. Dort wurde ihnen aufgegeben, jeder sollte sich von der Armentretton befreien lassen, ob er schon Armenunterstützung erhalten habe oder nicht. Der "Braunschweiger Volksfreund" bemerkte dazu: "So geht man mit Arbeitern um, die weiter nichts verbrochen haben, als daß sie arbeitslos geworden sind. Stattdessen müßtigt rafß die Arbeit in Angriß zu nehmen oder doch wenigstens einen bestimmten Anfangstermin anzugeben, zieht man sie eine Woche lang hin und schlägt sie von Pontius zu Pilatus und umgekehrt. Und was soll überdies der Armenfreund? Wo zu denn? Was mag denn da wieder sitz eine bürokratische Finne dahinterstehen. Die Arbeiter alle aber mögen sich diese Behandlung hinter die Ohren schreien und bei der Stadtverordnetenwahl dafür quittieren."

Über die Behandlung der Arbeitslosen, welche man im vergangenen Winter in Leipzig beobachtet hat, hat der Stadtrath Henschel, dagebst vor kurzem einen Vortrag gehalten, der auf das in derzeitigen Frage in Berlin berührte Verfahren ein eigenhümmerisches Urtheil zu werken geeignet ist. Nachdem am 10. März zahlreich besuchte Arbeitslosen-Versammlungen stattgefunden hatten, die das Vorhandensein eines Notstandes unumstößlich bewiesen und ein ferneres Verhüten nicht mehr gestatteten, entschloß sich der Rath endlich, nicht Arbeitsgelegenheit zu schaffen, aber ganze M. 6000 zu bewilligen. Aus freiwilligen Sammlungen, welche gleichzeitig stattfanden, kamen dann noch weitere M. 28 000 und ein Posten Nahrungsmittel zusammen. Sobald die Verhüllung dieser geringen Summen durch die Armentretton-Vorsteher begann, fand sofort ein gewaltiger Andrang von Unterstüzungsfürstigen statt. Es könnte festgestellt werden, daß die Unterstützung Gleichenden meist schon seit Monaten, vielfach sogar schon seit November, ohne Arbeit gewesen waren und der Winter durchgehüttet hatten, sowie daß die öffentliche Armenpflege von ihnen in den meisten Fällen deshalb nicht in Anspruch genommen worden war, weil das nach den vortrefflichen Bestimmungen des Wahlgegesetzes den Verlust des Wahlrechtes auf mehrere Jahre hinaus zur Folge gehabt hätte. Die M. 6000 wurden nicht als Armenunterstützung, sondern als ein außergewöhnliches Almosen verteilt, konnten also ohne Opferung des Wahlrechtes in Empfang genommen werden. Über selbst dieser Umstand war noch nicht hinreichend, um alle Arbeitslosen zu bewegen, um das Almosen zu bitten und die mit einer solchen Bitte verbundenen Demütigungen und Kränkungen einzunehmen. Viel Familienväter schieden, wie Stadtrath Henschel versicherte, anfangs ihre Frauen, jedoch wurde diesen bedeutet, daß der Mann für die Familie einzustehen habe. Welch' blutige Hohn! Wenn der hohe Rath der Stadt Leipzig nicht Almosen, sondern Arbeit verteilt hätte, würden sich diese Männer, die als Arbeiter und nicht als Bettler, für ihre Familien einzustehen gewohnt waren, gewiß nicht lange haben nötigen lassen, und der Andrang von Arbeitslosen und Därkenden würde dann noch viel gewaltiger gewesen sein. Bemerkenswert ist übrigens, daß noch am 7. März, also acht Tage vor den Arbeitslosen-Versammlungen, in einer Konferenz der Armentretton-Vorsteher unter 67 Anwesenden 59 erklärt hatten, daß ein Notstand, der außerordentlichen Maßnahmen erfordere, nicht herriebe. Also ganz ebenso wie in Berlin. Hier hat man erst wieder ganz lässig, am 18. November, in der Armentretton-Vorsteher-Versammlung, als es sich darum handelte, die Wintermonate fest Thauerungszulagen für die Almosen- und Pflegegeld-Empfänger zu bewilligen, den Standpunkt vertreten, daß vor einem „besonderen Notstand“ nichts zu merken sei. Es rennt allerdings nicht gleich Jeder auf die Straße und fordert seine Rath öffentlich aus, zumal da das gar nichts ist. In Leipzig werden die Unterstützungen besonders häufig zur Entführung verpfändeter Sachen beansprucht. Im Verein liegt das Geheimnis, wie ein Arbeitsloher es fertig bringt, den Winter zu überstehen, ohne zu verhungern. Und wenn das Letzte verlobt ist? — Ja, dann奔zt sich der Hartnäckige, Stolze und — bettelt!

Gelegentlich einer Besprechung mit dem badischen Fabrikinspektor Wörishofer machten die Vertreter der Mannheimer zentralistischen Gewerkschaften diesen auf die bereits erfolgten und noch in Aussicht stehenden Massenentlassungen von Arbeitern aufmerksam und sprachen dabei den Wunsch aus, das Fabrikinspektor möge seinen Einfluß bei den Fabrikanten dafür einsetzen, daß sie die Arbeitszeit in der gegenwärtigen geschäftsfreien Zeit verkürzen und die Massenentlassungen einstellen. Herr Wörishofer erklärte, eine Anzahl Fabrikanten ginge bereits mit dem Gedanken um, in der Zeit der gegenwärtigen Krise die achtstündige Arbeitszeit einzuführen und keine weiteren Entlassungen vorzunehmen. Er hoffe, daß dieses Vorgehen auch von den übrigen Fabrikanten befürwortet werde. Er werde einige Vertreter des Fabrikantenvereins und der Handelskammer zu einer diesbezüglichen Besprechung einladen.

Bedaurend ist es, daß die Durchführung einer so vernünftigen Maßregel vom Wohlwollen der Unternehmer abhängt. Immerhin kann man nur aufs Beihilfestehen wünschen, daß die übrigen deutschen Fabrikinspektoren dem Beispiel Wörishofers nachfolgen.

Was wird für die Arbeitslosen geschehen? Die Kommission, welche mit dem Mannheimer Oberbürgermeister über diese Frage verhandelte, erhielt darauf folgende Antwort: Die Stadt wird in erster Linie wieder Steine klopfen lassen und zwar 4000 Kubikmeter Schottersteine, was nach der Berechnung des Oberbürgermeisters 8600 Voltage erfordert. Bezahlt wird die Stadt im Affer und zwar M. 2,90 per Kubikmeter für Porphyr und M. 2,40 für Basalt. Damit kommt sie die Kommission nicht zufrieden geben; sie stellt die Sache auf M. 8,40

für Porphyr und auf M. 2,90 für Basalt; damit wenigstens der ortsübliche Tagelohn von M. 2,30 erreicht werden kann. Denn auf die Feststellung eines gleichen Tagelohns für Alle glaubte der Oberbürgermeister nicht eingehen zu können. Hingegen schlug er vor, die Arbeitslosen sollten unter sich Gruppen bilden, welche die Altkörde gemeinsam übernehmen. Mit diesem Vorschlag war die Kommission einverstanden, und auch die nachherige Versammlung hielt ihn gut. Die Arbeiter werden also auf den einzelnen Arbeitsplätzen die Arbeit gemeinsam übernehmen und sie unter sich verteilen. Die Gewandteren und Kräftigeren werden die Steine schlagen, die Ungebildeteren und Schwächeren das Material herbeischleppen und was solch eine Gruppe in einer Woche verdient wird dann auf die Einzelnen gleichmäßig verteilt. Mit einem Worte, die Mitglieder einer Gruppe führen sich solidarisch miteinander. Eine weitere Auslastung auf Arbeit erhöht sich durch Strafanträge. Hierfür berechnet die Stadt 3500 Tagewerke. Doch will sie pro Quadratmeter nur 25 A. zahlen, während die Kommission 40 A. nicht für zu hoch hält, denn es wäre eine Schande, wenn die Stadt die Arbeitsnot des Winters ausnutze, um billiger zu lassen als sonst. Auch sonst wird Arbeit beschafft, und zwar für 280 Arbeiter 60 Tage hindurch. Ferner theile der Oberbürgermeister mit, daß zur Befriedigung derselben Noth einige Hundert Märkte zur Verfügung stehen, die als einmaliges Geschenk (nicht als Armenunterstützung) an Arbeitslose ausgetheilt werden würden. Anfangs glaubte der Oberbürgermeister nur denjenigen Arbeitslosen Beschäftigung zu geben zu dürfen, welche die Unterstützungswohnung in Mannheim haben. Doch ließ er sich von der Kommission überzeugen, daß dies nicht angehe. Es werden also diese vorerst beschäftigt, dann aber alle, die schon seit drei Monaten in Mannheim sind. Die Verkehrsbehörden haben selbstverständlich den Vorrang vor den Unterkehratheten. Die Kommission erfuhr den Herrn Oberbürgermeister auch, in einer öffentlichen Bekanntmachung, die Fabrikanten aufzufordern, die Arbeiterentlassungen einzustellen, denn täglich wächst die Zahl der Brotdosen, da das Fabrikantentum kein Herz, sondern an dessen Stelle nur seinen Geldsack kennt und diesen Sonnabend wieder ungefähr 400 auf die Straße setzen werde. Der Oberbürgermeister lehnte das Ansuchen ab. Im Großen und Kammern war die Kommission mit dem, was sie bei ihrem ersten Witten erreicht, zufrieden. Sie glaubt jedoch, daß es wohl auch so aktuelle Arbeiten giebt, die während der Winternoth gemacht werden können, und will diesbezügliche Schritte bei dem Fabrikinspektor thun, der den Vorstand der Zentralisation und die Beschwerdekommission zu einer Vereinbarung auf das Rathaus geladen hat.

Eine sehr besuchte Versammlung Chemnitzer Arbeitslosen beantragte eine Kommission, dem Magistrat die Notthilfe der Arbeitslosen zu schicken.

Aus Mainz wurde unter dem 19. Dezember gemeldet: Polizeilich aufgelöst wurde hier eine Versammlung Arbeitsloser, in welcher Verbrecherthum und Prostitution als berechtigte Selbsthilfe der Mittellosen gegen die Besitzenden bezeichnet und empfohlen wurden. Ein auswärtiger Redner forderte die Aufsehenden auf, wenn sie nichts zu essen hätten, einfach in den Wirtschaften zu requirieren, und wenn sie keine Kleider hätten, Magazine zu räumen. Nach diesen Worten schloß der Polizeiinspektor die Versammlung, indem er den Redner verhaftete. Die aufgezogene Menge folgte unter Aufführung der Marschallorgeln vor das Polizei-Revier, wo die verhöhnte Schuhmannschaft blättert zog, die Masse zerstreute und mehrere Personen verhaftete. Der verhaftete Redner verzweifelt jede Auskunft über seine Person; bezeichnet sich aber als Architekten.

Das „Hamburger Echo“ macht zu dieser Mitteilung folgende zutreffende Bemerkung:

Sollte diese Mitteilung auf Wahrheit beruhen, was wir in diesem Augenblide noch nicht feststellen können, so möge sie unseren Genossen eine Mahnung sein, derartigen Vorlormissen beim Arrangement von Arbeitslosen-Versammlungen von vornherein durch geeignete Maßregeln zu begegnen. Denn solche Versammlungen sind nur zu sehr geeignet, der Scheiße der Arbeiter zu schaden und nutzlose Opfer zu fordern.

### Aus Amerika.

New York, Ende Dezember.

Der gigantische Kampf der organisierten Eisen- und Stahlarbeiter in Homestead a. d. gegen das Carnegie-Konzern von Carnegie, Frick und Gossens ist vorüber. Ende vorigen Monats wurde von den Mitgliedern der Arbeiter-Association das nachstehende Unverbindliche beschlossen: Der große Streit gegen die Carnegie-Kompanie ist am ein hundertvierundvierzigsten Tage seiner Dauer von den hiesigen Union-Cisen- und Stahlarbeitern aufgegeben worden.

In einer Versammlung der noch übrigen Ausgesetzten wurden die Fabrikanten des Carnegie-Konzerns als für Unloyalisten offen erklärt. Der betreffende Beschluß postierte mit 101 gegen 91 Stimmen.

Die Arbeiter haken — wie vorauszusehen war — ihren Streit verloren. Die stärkste Arbeiterorganisation in den Vereinigten Staaten ist unterlegen im Kampfe gegen eine der stärksten Unternehmergeellschaften des Landes.

Welchen Umständen ist die Niederlage zuzuschreiben?

Suchen wir nicht nach nebensächlichen Gelegenheitsursachen, nach angeblichen Fehlern auf Seiten der Streiter oder nach ähnlichen ablenkenden, irreleitenden Erklärungen.

Der Streit mußte verloren gehen aus Gründen, welche in dem allgemeinen Stande der Dinge in ökonomischer und politischer Beziehung liegen.

Das mächtige Carnegie-Konzernt detektiert eine Lohnreduktion. Die starke Organisation der Amalgamated Steel and Iron Workers bestrebt sich doggen durch einen Streik zur Wehr zu setzen. Die Stimmung ist eine erhitze auf beiden Seiten. Frick hat den Kampf von langer Hand vorgebereitet, weil es ihm wesentlich

darauf ankam, sich die lästige Organisation der Arbeiter ganz aus dem Wege zu schaffen und freie Bahn zu erhalten. Er kennt die Erbitterung der Arbeiter, er trifft seine Vorbereitung. „Fritz Frick“ war im Hintergrund schon erichtet. Nur die Mannschaft fehlt ihm noch. Frick hat Binternots engagiert. Die Arbeiter bereiten ihnen den wohlverdienten blutigen Empfang vom 6. Mai. Die Binternots sind zurückgeschlagen. Eine Weile herrschte Waffenstillstand. Da schlägt der demokratische Gouverneur dem republikanischen Ausbeuter-Konzern die Waffe zu Hause, welche monatelang in und um Homestead kämpft. Unter ihrem Schutz geschieht, was unter dem der Binternots hatte geschehen sollen: Nichtunionierte werden allmälig in die Werke hineingezogen und mit ihrer Hilfe werden dieselben so recht und schlecht es eben giebt, wieder in Betrieb gesetzt. Geh's nicht gut, so macht das nichts. Das Kapital will siegen; es ist gewillt, Opfer zu bringen und es bringt sie. Die Arbeiter sind keine Feinde. Sieben lange Monate haben sie ausgehalten — aber sie haben nicht, wie jeder einzelne ihrer Ausbeuter, neben dem Bette der Wette Hunderttausende „auf der Bank“ liegen, um es noch eine Ewigkeit auszuhalten zu können! — Einschüchterungen, gerichtliche Verfolgungen, Mord- und Hochverratsprozesse haben sie nicht zum Nachgeben bewogen, wohl aber das schändliche Brüderliche der Mannschaftsleitung. Sie sind unterlegen, sie haben die Waffe gestreift.

Was war Schuld an diesem Ausgang?

Die Macht der Verhältnisse im gegenwärtigen Stadium der Dinge.

Das konzentrierte Kapital ist von einer so gewaltigen Wehrhaftigkeit, daß die stärkste Arbeiterorganisation nicht mehr dagegen anlaufen kann.

Die arbeitslose Reservearmee ist so groß geworden und so hungrig — daß die Erziehung der Streiter durch Leute aus deren Reihen immer leichter fällt.

Versuchen die Arbeiter, durch spontane Revolten, wie sie vom 6. Mai, sich gegen diese Katastrophe selbst zu helfen, dann greift die Staatsmacht, gleichzeitig welcher politischen Couleur, mit bewaffneter Hand zu Gunsten des Kapitals und seines Eigentums in den Kampf ein.

Das haben die Homestader an sich erfahren und darum sind sie unterlegen, darum mußte jeder Andere an ihrer Stelle auch unterlegen.

Werden sie einsehen, daß sie fünfzig weder Carnegie, noch die Scabs, noch den Gouverneur von Pennsylvania allein bekämpfen sollten, sondern Hand in Hand mit ihren Klassengenossen im Lande das ganze kapitalistische System?

### Situationsberichte.

#### Männer.

Harburg. Am 15. Dezember tagte hier die regelmäßige Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Männer Deutschlands. Die Versammlung wurde um 8 Uhr vom 1. Bevollmächtigten eröffnet, und verwies der Kollegen, welche sich aufnehmen lassen wollten, ihre Beiträge bezahlen wollten, an den Kasten. Sobald führte die Bevollmächtigte aus, daß hier vom Gewerkschaftskartell bei Herrn Lassenhoff eine Centralherberge gegründet sei aus dem Grunde, weil auf den christlichen Herbergen die Jugereisen auf das Größte ausgebaut würden. Auf dieser Centralherberge würden aber die Fremden auf's Beste aufgenommen, denn unter diesen Bedingungen sei mit dem Wirth abgeschlossen, außerdem steht der Wirth unter der Kontrolle des Gewerkschaftskartells. Auch für geistige Nahrung sei gesorgt, denn es würden verschiedene Parteiblätter sowie die Fachorgane der Gewerkschaften dasselbe ausgelegt werden. Zum 20. Dezember werde die Herberge fertig, und wären wir verpflichtet, unter Herbergen unmöglich zu verlegen. Um es den Jugereisen unmöglich zu machen, daß sie nach anderen Herbergen hingehen, werde ihnen bei Ausfahrt der Wanderunterkunft ein 50 & Mark eingehändigt, worfür sie Nachlog und Kasse erhalten. Die Ausführungen des Bevollmächtigten würden von der Versammlung gut anerkannt und ohne Aenderung angenommen. Hieraus verlas der Bevollmächtigte das Resultat der statistischen Erhebungen von 35 Kollegen. Es steht sich der durchschnittliche Sohn auf M. 1197 gegen M. 1228 im vorigen Jahre. Der Bevollmächtigte wies darauf hin, daß die sich an der Statistik beteiligt haben Kollegen noch am besten verbreit, die Hälfte der Kollegen aber fast den halben Sommer gefestigt hätten. Würden alle Kollegen die Statistik ausgefüllt haben, so wären wir wohl zu einem anderen Resultat gekommen. Er erfuhr die Kollegen, sich doch dieses Jahr besser daran zu beteiligen. Im „Beschiedenen“ machte noch der Bevollmächtigte bekannt, daß die Lieberthal „Harmonia“ am ersten Weihnachtsfeiertage im Blantengenischen Vorlate einen Ball abhole und erfuhr die Mitglieder, daß dort recht zahlreich daran zu beteiligen. Nach Erledigung einiger kleiner Angelegenheiten wurde die Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

Lauenburg a. d. Elbe. Am Freitag, den 16. Dezember, Abends 8 Uhr, fand unter dem Vorstand der Kollegen A. Beck, F. Eggers und F. Wegener eine öffentliche Männerversammlung statt mit der Tagesordnung: 1) Die Entwicklung der Industrie und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation, 2) Verschönerung. Den ersten Punkt erläuterte Kollege Stanigl aus Hamburg in außärender Weise. Er führte aus, wie ungerecht die Arbeiter bei der Vertheilung der Arbeitskräfte behandelt würden, indem die Fabrikanten und Unternehmer den Löwenanteil festsitzen, während sie keinen und kaum dem Arbeiter so viel zu kommen lassen, daß er sein Leben fristen kann. Dem Arbeiter würde nicht einmal der zehnte Theil von dem, was er an Werklohn haft, an Lohn zahlt. Acht der größten Bankinstitute Deutschlands, ganzlich unproduktive Genossenschaften, zählen an Dividende im Jahre 1889 eine Summe von M. 40 950 000 und außerdem den Direktorat an Conti eine Summe im Betrage von M. 10 288 514. Redner erbrachte dann die Rothweinbig-

leit der Gewerkschaftsorganisation unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Aber auch der Anschluß an die politische Bewegung, an die sozialdemokratische Partei sei notwendig, denn das durch die gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter Errungene müsse durch die Gesetzgebung festgelegt werden. Dieses kann aber nur durch die Sozialdemokratie geschehen. Lebhafte Beifall wurde dem Siebner zu Theil. Der Vorsitzende sprach im selben Sinne und gab im zweiten Punkt Anregung zur Gründung eines Gewerkschaftsrates in Lauenburg. Er führte die Gründe für die Errichtung derselben an und wurden diese vom Kollegen Staningl unterstützt, worauf das Bureau beauftragt wurde, in nächster Zeit eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung mit der Tagesordnung: "Gründung eines Gewerkschaftsrates" einzuberufen. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

**Hannover.** In der am 20. Dezember stattgefundenen Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhöfe des Centralverbandes der Maurer Deutschlands wurde zuerst über den Anschluß des Mitgliedes Strelow verhandelt, indem derselbe nicht den ortsüblichen Lohn zahlt. Da Strelow trotz zweimaliger Aufforderung nicht erschien war, wurde in seiner Abwesenheit die Beratung geöffnet. Während Kollege Bolland als Anwalt Strelows auftrat, plädierten sämtliche Redner für den Anschluß. Von Bolland wurde hervorgehoben, daß noch nicht sämtliche Mitglieder für den Stundenlohn von 45 Pf. arbeiten, worauf andererseits erwidert wurde, daß dieses momentan undurchführbar sei. Nach langer Debatte wurde dann der Antrag auf Anschluß Strelows gegen die Stimme Bollands angenommen. Zur Unterstreichung der Beschwerden, welche gegen den Betrieb des Betriebsrats eingelaufen waren, wurde eine Kommission bestehend aus den Kollegen Homfeld, Flebbe, Timm, Grothe und Heinrich ernannt. Nachdem dann noch einiges von untergeordneter Bedeutung erledigt war und auf Antrag Linke für die Zugereisten an beiden Weihnachtsfesten und Neujahr außer der Wandererhaltung Abendbrot und zwei Glas Bier hemmlich worden waren, erfolgte Schluß.

**Bremen.** Am Mittwoch, den 21. Dezember, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der bisherigen Bahnhöfe des Centralverbandes statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vorlage der Kommission über das Herbergswesen. 3. Abschiedenes. Nachdem der erste Punkt eledigt, rügte Herr Schröder in den schlechten Besuch der Versammlung. Es möchte auch wohl das nahe Weihnachtsfest mit dazu beigetragen haben, daß die Versammlung von so wenigen besucht war, aber das allgemeine Interesse an den Versammlungen läßt bei den Bremer Kollegen sehr viel zu wünschen übrig. Möchten sie doch bald zur Einsicht kommen! Dann würde der Vortrag, welchen die Kommission mit unserem Herbergswirth durchberaten hat, zur Verlegerung gebracht, fernerhin auch die Reiseunterstützung für wundernde Kollegen auf der Herberge auszugeben. Nach langer Beratung wurde aber der jegliche Zahlungsmodus bis zum nächsten Winter beibehalten, denn bei einer jeglichen Umänderung würden noch größere Schwierigkeiten zu Tage treten, als wie es bis jetzt der Fall gewesen ist. Noch wurde als Ableben eines älteren treuen Kollegen bekannt gegeben und die Kollegen, besonders die außer Arbeit Stegenden, aufgefordert, ihm das letzte Geleit zu geben. Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

**Calbe a. S.** Am 5. Dezember, Abends 8 Uhr, fand hier eine öffentliche Maurerversammlung statt, in welcher Kollege Silberschmidt aus Berlin einen Vortrag hielt über das Thema: "Der Kampf um's Dasein." Der Referent verstand es, in außerordentlich fesselnder Bertragweise den Kollegen begeistrig zu machen, daß der Arbeiter, wenn sie sich im Kampf um's Dasein behaupten wollen, sich der gewerkschaftlichen sowie politischen Bewegung anzuschließen haben. Der heftig aufgenommene Vortrag gab augleich ein Bild von den Kämpfen, wie sie in der Natur und zwischen den verschiedenen Nationen um das "Dasein" stattgefunden und noch stattfinden. Eine erhebliche Förderung unserer Bewegung kann wohl, wenn öfter solche Vorträge hier gehalten werden, in Aussicht gestellt werden.

**Gatz a. Oder.** Eine öffentliche Versammlung der Maurer, welche jedoch schwach besucht war (es waren nur etwa 20 Personen anwesend), tagte am Sonntag, den 18. Dezember, in Krüger's Palast. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: "Der Werth der gewerkschaftlichen Organisation," nahm Kollege Schigolz aus Berlin das Wort, und führte aus, daß die gewerkschaftliche Bewegung im engsten Zusammenhang mit der sozialen Frage steht. Erstere sei dazu angehören, in wirtschaftlicher Beziehung auf die arbeitende Klasse einen Einfluß auszuüben dagehend, daß die Arbeiter, wenn sie den Werth der Organisation erkannt haben, früher oder später die Wahrnehmung machen werden, daß durch den Zusammenschluß der Berufsgenossen eine Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage erfolgen muß. Im Weiteren stellte der Referent die elenden Einrichtungen für die "älteren Arbeiter", von welchen immer noch von unsrengern Segnern behauptet wird, sie seien die Besten, und bedauerte, daß es immer noch geling Dumme giebt, welche meinen, sie könnten von dieser Seite Hilfe erwarten. An der Hand statitisches Materials wies der Referent fernher nach, daß die herrschenden Klassen es sehr gut verstehen, das Brot, Salz, Kaffee, Buder, Schnaps usw. fortgesetzt zu verbauen und daß der arme Mann, welcher nicht als seine Arbeitskraft besitzt, diese Lasten sich gebürgt wie ein Padels aufzubürden sieht. Der Arbeiter müsse seine Kraft für jeden ihm angebotenen Hungerlohn los-schlagen; da er als Einzelner und der wirtschaftlich Schwächer, sich in die Bedingungen des Kausionsrates

fügen muß. Ferner besprach Rednek die heutige Arbeitslosigkeit und wie schwer es, selbst beim heim. heim. Willen arbeiten zu wollen, sei, Arbeit zu erhalten, während im Gegensatz dazu die wöchentlich Arbeitslosen auf Gummirädern fahren oder unruhig Plasten treten. Im Bau gewerbe mache die Schindel- und Schmiedekunstren sich immer mehr breit, und deshalb sei es Pflicht aller Arbeiter, mit Hand anzulegen und thätig mitzuarbeiten, um dieses System auszurotten, daher sei es nötig, daß sie der gewerkschaftlichen Bewegung Geltung verschaffen, indem sie dieselbe nicht wie bisher vernachlässigen, sondern fördern und ausbauen, und sich zu diesem Zweck dem Centralverband der Maurer Deutschlands anschließen. Der Vortrag wurde heftig aufgenommen, und sprachen sich mehrere Redner in der Diskussion für den Anschluß an den Verband aus. Zu diesem Zweck beschloß man, in nächster Zeit wieder eine Versammlung einzuberufen, welche sich mit dieser Frage beschäftigen wird. Nachdem der Referent in seinem Schlussschluß den Kollegen an's Herz gelegt, alle persönlichen Streitigkeiten im Interesse der Sache zu unterlassen und dafür die Sache in's Auge zu fassen, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Stegel.** Am 22. d. M. fand hierbeißt im Görtschick'schen Hofe die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhöfe statt. Im ersten Punkt "Gewerkschaftliches" meldete sich Niemagd zum Wort und wurde daher im zweiten Punkt die Wahl eines Revisors vorgenommen. Gewählt wurde, daß die Kollegen Rehfeld und Dittberner ableihen, Kollege Schulz. Im Punkt "Beschiedenes" erschien Kollege Schenck die Verwaltung, die Protokolle vom ersten Verbandsstage in Umsatz zu bringen, da das Stück doch nur 15 Pf. kostet. Es entpann sich hierüber eine längere Debatte, in welcher Kollege Knauf sich die Nachhaltigkeit der Anschaffung eines Protokolls beklagt, da jeder organisierte Maurer die Beschlüsse des Verbandsstages bereits in den Zeitungen gelesen habe. Sodann forderte der Präsident die Revisoren auf, am zweiten Feiertage die Revision vorzunehmen, damit er endlich einmal abrechnen könne. Kollege Schenck forderte die Kollegen auf, daß sie sorgen, daß die nächste Versammlung besser besucht werde und erfolgte hiermit Schluß der Versammlung.

#### Bauhandwerker.

**Stolp.** Eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung fand hier am 11. d. M., Abends 8 Uhr, auf der Maurerherberge statt. Als Referent war Kollege Paul aus Hannover erschienen. Die Tagesordnung war: Die Gewerkschaftsbewegung im Kampfe gegen die Unternehmer. Der Referent führte die geschichtliche Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung an, sprach über die Kunst und Entstehung derselben und kam dann auf die Interessengemeinschaft der Arbeiter zu sprechen. Zu der Sache des Handwerkswesens wurde das Lehrlingsumwesen sehr schief beitißt. Am Schlusse schilderte der Referent noch die Leistung. Am Ende des Vortrags, der Maurer und die englische Arbeiterbewegung in den Jahren 1845, 1847 und 1851, belehrte das Alter, und Individualengesetz, sowie auch die Unfallverhütung eine gute Auseinandersetzung. Nach 2½ Stunden, sehr guter Rede wurde die gut besuchte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung und einem Dank an den Referenten für seinen lebhaften Vortrag geschlossen.

**Barentin.** Am Sonnabend, den 17. Dezember, fand hier eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, in welcher Kollege Staningl aus Hamburg einen interessanten Vortrag hielt über "Die Entwicklung der Industrie und die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Arbeiterorganisation". Redner befahl in seinem 1½-stündigen Vortrag zunächst die Entwicklung des Maschinennwesens und die daraus resultirende Massenarbeitslosigkeit und führt dann weiter aus, daß auch die Arbeiter im Baugewerbe unter diesem System zu leiden hätten. Es sei Pflicht aller Arbeiter, die es mit der wahren Kultur ernst meinen, einem System ein möglichst rasches Ende zu bereiten, welches Millionen Menschen zum Hungern verdammt und nur Wenigen Genüsse bietet. Vor Atem sei es notwendig, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, damit die größten Auswüchse der heutigen Produktionsweise erfolglos bekämpft werden können. Aber auch auf politischen Gebiete sei eine Beteiligung notwendig; der Anschluß an die Sozialdemokratie müsse erfolgen, denn nur diese könne die endgültige Beseitigung der privatskapitalistischen Produktionsweise und einen Seelschlagsaufstand herzaufen, in welchem es allen wohl ergehe. Nachdem Kollege Staningl ebenfalls im Sinne des Referenten gesprochen und die Anwesenden ermahnt hatte, alle Männer der Organisation anzuschließen, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

#### Korrespondenzen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

##### An die Bevollmächtigten der Zweigvereine der Centralorganisation.

Wiederholte schon haben wir die Bitte an die Leiter der Beratungsstellen der Centralvereine gerichtet, sie möchten, falls sie von irgend einer Organisation erucht werden, an ihrem Orte die Gründung eines Vereins eines anderen Berufes in die Hand zu nehmen, diesen Wünschen nachkommen. Eine ganze Reihe Berufe, wie Bäder, Kellner, Barbiere und Schlächter, werden nur mit Hilfe anderer organisierte Arbeiter zur Gründung von Zweigvereinen kommen. Ein Berufen darauf, daß die Leiter anderer Organisationen unseren Wünsche nachkommen werden, haben wir wiederholt die Adressen der Beratungsstellen der Zweigvereine in Frage kommenden Beratungsleuten angegeben. Leider müssen wir mithelfen, daß darüber gestagt wird, daß nur wenige Dergenjenen, welche um ihre Unterstützung bei Begegnung von Vereinen anderer Berufe angegangen waren, sich bereit zeigten, die Sache in die Hand zu nehmen. Der Beratungsleiter der Kellner erklärte uns, daß er von

55 Schreiben, die er abgehandelt hat, nur 6 beantwortet erhielt. Wir möchten daher auf's Neue die Bitte an diejenigen Genossen richten, welche in dieser Weise um ihre Unterstützung trachten werden, daß sie die an sie gestellten Wünsche zu erfüllen suchen. Es liegt im Interesse jedes organisierten Arbeiters, die Nichtorganisierten eines anderen Berufes zur Organisation heranzuziehen zu sehen, und darf dabei die verhältnismäßig kleine Mühe, die Einzelnen daraus erfordert, nicht gescheut werden.

Gleichzeitig richten wir an die Vorstehenden der örtlichen Gewerkschaftsräte oder Beratungen an, sie leute die einzelnen Orte die Bitte, sie möchten dem Unterzeichneten ihre Adresse angeben. Die Gewerkschaftsräte sind in erster Linie verpflichtet, die Agitation unter den nichtorganisierten Arbeitern am Orte zu betreiben. Trotzdem in letzter Zeit in vielen Orten Gewerkschaftsräte gegründet worden sind, ist die Zahl der Beratungsleute, welche ihre Adresse hierher gelangt haben, sehr gering. Hoffentlich wird diese Auflösung dazu beitragen, daß wir in nächster Zeit eine größere Anzahl derartiger zuverlässiger Verbindungsadressen erhalten.

##### Die Generalkommission.

C. Vogel,  
Hamburg, B.-V.-N., Wilhelmstr. 13, 1. Et.

In der Zeit vom 2. bis 21. Dezember sind bei der Generalkommission eingegangen: □ 540,65.

#### Eingeandert.

A. u. Altona.

##### Zur Aufklärung!

In Nummer 50 des "Grundstein" befindet sich ein Bericht über eine öffentliche Maurer-Versammlung von Ottenen und Umgegend, in welcher den Altoner Kollegen etwas unterschoben wird, welches die Ottenener Kollegen etwas unterschoben werden können. Ich will nun, da die Kollegen in Deutschland nicht wissen, um was es sich handelt, den Sachverhalt klarlegen.

Im Jahre 1890, als Ottenen in Altona einberufen wurde, traten die Ottenener dem in Altona befindenden Dörflichen Volksverein bei, unter der Bedingung, daß auch in Ottenen Mitgliederversammlungen abwechselnd abgehalten würden, welches von den Altoner Kollegen auch zugestellt wurde. Die Versammlungen wurden auch von den Ottenener Kollegen bis August 1891 ziemlich besucht, wie wir uns, aber dem Centralverband anschlossen, fand der Versammlungsbeobachter leitende der Ottenener Kollegen an zu stößen. Es wurde nun von den Altonern eine rege Agitation betrieben, welche auch sehr guten Erfolg hatte. Es haben sich von den 150 organisierten Maurern von Ottenen 75 dem Verband angelöst; 35–40 wurden im Jahre 1890 Streikbrecher, welche laut Beschuß noch nicht aufgenommen werden. Die 40–50 Maurer, die demnach dem Verband fernstehen, werden wir auch, wenn in Ottenen eine Bahnhöfe errichtet würde, unter den heutigen Verhältnissen nicht in den Verband bekommen; davon bin ich vollständig überzeugt. Treten aber andere Verhältnisse ein, dann bekommen wir sie in den Verband, ohne eine Bahnhöfe in Ottenen. Dieses muß den Ottenener Kollegen doch wohl einleuchten. Nur zur Sache selbst, weshalb die Wanderversammlungen aufgehoben worden sind.

Wie schon angeführt, wurden die in Ottenen abgehaltenen Versammlungen von den dortigen Kollegen, trotz des häufigen Aufordnungen der Verwaltung, immer schlechter besucht. Nun erklärten sich die Altoner mit den Wanderversammlungen nicht mehr einverstanden, denn sie waren der Ansicht, wenn die Versammlungen doch nur vor den Altonern besucht würden, so könnten sie nur in Altona bleiben. Unter diesen Umständen wurde die Volksfrage auf die Tagesordnung gesetzt und die Sache ernstlich verhandelt, worauf bei der Abstimmung die Majorität sich für Aufhebung der Wanderversammlungen erklärte. Natürlich hatte man durch Fassung dieses Beschlusses Petroleum auf's Feuer gesetzt. Da wurden die Ottenener wieder wach, denn das durfte unter keinen Umständen geschehen, die Wanderversammlungen aufzuheben, sie erklärten, wir seien wertvoll. (Also die Versammlungen sollten in Ottenen abgehalten werden, wenn auch die Referenten vor leeren Stühlen gesetzt werden.) Hierauf wurde die Annahme des Beschlusses von den Ottenenern beantragt, mit der Motivierung, daß, wenn die Versammlungen in Ottenen wieder stattfinden, sie dafür Sorge tragen würden, daß die Versammlungen gut besucht würden und suchen die dem Verband noch fernstehenden zum Anschluß zu bewegen. Auf Grund dieser falschen Versprechungen wurde der Beschuß wieder umgestoßen, und die Wanderversammlungen fanden wieder statt. In den ersten Versammlungen ging es so eingeremahnt, aber es stellte sich bald der alte Schleidenian wieder ein. Trotzdem haben wir es noch einige Vorteile mit angesehen, und wurde öfter darauf hingewiesen, daß, wenn es so weiter ginge, der Antrag wieder eingebrochen würde, die Wanderversammlungen einzustellen. Das half aber nichts. Es schlich sich auch der Nebelstrand ein, daß in einer Versammlung Beschlüsse gefasst wurden, die in der anderen wieder umgestoßen wurden. Nur war es die höchste Zeit, diesem Kreislauf ein Ende zu machen, wenn wir uns nicht der Lächerlichkeit preisgeben wollten. Das nun die von den Ottenenern Kollegen am geführten Grunde bezüglich des weiten Weges nach dem Volks anbelangt, so sind dieselben in seinem Weise als stichhaltig anzusehen. Den Altonern war der Weg nach Ottenen nie zu weit, denn das war an dem Besuch der Versammlungen zu leben. Für die Ottenener Kollegen beträgt der Weg nach Altona, nach dem Versammlungs-Volks 1½ Stunde; die zwölf Mitglieder, die in Bahnen wohnen, haben 2½ Stunden zu gehen. Einige der Bahnenfelder Kollegen, mit denen ich häufig über diese Angelegenheit zu sprechen kam, haben mir erklärt, es wäre ihnen einerlei, ob die Versammlungen in Ottenen oder in Altona abgehalten würden, denn zu jeder Versammlung kämen sie ja doch nicht und wenn sie hingingen, käme es auf den Weg nicht an.

Auf die in der Versammlung in Ottensen gesallene Neuerung: „die Ottenser Mitglieder würden in den Versammungen in Altona als Fremdlinge behandelt“ will ich nicht näher eingehen, da sie jeder thatächlichen Begründung entbehrt und die Wahrheit auf den Kopf stellt. Auch werde ich mich auf weitere Auseinandersetzungen nicht einlassen, will aber noch zum Schluss bemerken, daß, wenn die Ottenser Kollegen behaupten, ihnen sei von der Bahnhofstadt Altona das ehrenamtliche Verbrechen bezüglich des Abhaltes der Verhandlungen gegeben worden, sie sich im Verband befinden. Eine solche Abmachung ist, so lange der Verband besteht, nicht getroffen worden.

Altona, im Dezember 1892.

W. Gieck, Bevollmächtigter.

Aus Berlin.

#### Berichtigung.

In Nr. 52 des „Grundstein“ vom 24. Dezember ist ein Bericht über eine Versammlung in Steglitz bei Berlin enthalten, in welcher ich über „Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie“ gesprochen habe. Da soll ich nun nach dem Bericht über die Formen der Organisationen und über die Wanderunterstützung gesprochen haben. Das ist falsch, ich habe im ganzen Referat nicht ein Wort von den Wandernden gesprochen, das war Geistes Krieg. Weiter soll ich die Majorität in Frage gestellt haben, als mich der Kollege Kertan auf das „Mitschlüsse“ aufmerksam gemacht hat. Da soll ich nur gesagt haben, ich wisse, wie Majoritäten gemacht werden. Auf dem letzten Parteitag seien  $\frac{1}{4}$  der Delegierten Rebuteure und sonstige von der Partei abhängige Personen gewesen. Das ist eine grobe Entstellung der Thatsachen. Dieses  $\frac{1}{4}$  des Parteitages habe ich erwähnt, als ich über den 1. Mai sprach; wodurch mein Wort im Bericht steht und doch so viel darüber gesprochen wurde. Da habe ich gesagt: „Da der Parteitag die 1. Mai-Vorlesung in der mit nicht auslängen Form beschlossen habe, müßten sämtliche Gewerkschaften die Frage des 1. Mai zu den ihrigen machen und das von der Partei Verblümte wieder nachholen, da es meines Dafürhaltens mehr eine wirtschaftliche wie politische Frage sei.“ Dabei habe ich gesagt, daß vier Fünftel der Delegierten auf Parteitagen Männer wären, die sich von der Gewerkschaftsbewegung nicht so viel verprägen wie ich. (Sollten diese vier Fünftel, welche ich dafür angezogen habe, so hoch sein, so nehme ich das gerne zurück; ich weiß aber bestimmt, daß doch Viele die 1. Mai-Vorlesung zu kleinlich behandeln.) Der Kollege Kertan erwiderte mich, mich der Majorität zuzufügen. Daß ich das gethan habe, beweist, daß ich noch nie Stellung gegen den Verbund genommen habe, auch in der Steglitzer Versammlung nicht, wo ich nur meinen Standpunkt klar gesetzt habe, weshalb ich noch Mitglied des Berliner Volksvereins bin und mich dem Verbund nicht angeschlossen habe; ich habe aber nicht einen Menschen zum Beitritt zur lokalen Vereinigung aufgefordert. Davon ist im Bericht nicht ein Wort enthalten.

Es wäre auch zu diesen Auseinandersetzungen nicht gekommen, wenn die vier Berliner Redner des Verbundes die Organisationsform nicht hineingeschoben hätten. Es ist meines Erachtens nach falsch, wenn über die Bewegung im Allgemeinen gesprochen wird, immer und immer diese Streitfragen zu berühren. Für die Zukunft bitte ich den Berichterstatter, doch seinen Bericht etwas objektiver zu halten und nicht gerade nur so, wie es ihm schmackhaft ist.

Friedrich Ritter, Maurer.

Aus Elberfeld.

Unsere Lage hier am Orte ist in diesem Jahre, als eine trost- und aussichtslose zu bezeichnen. Das ganze Jahr hindurch fortwährender Arbeitsschmälerung und infolgedessen gebildete Löhne und geradezu un würdiges Verhältnis der Arbeiter durch das hochmäsig Unternehmertum und seiner Händlertreter. Schon seit dem letzten Frühjahr hat es das Unternehmertum hier und da verlucht, die Löhne herabzusetzen, wobei sich immer wieder unsere alten Bekannten als besonders eifrig erwiesen haben. Es sind dies die Firmen, die man ja auch in der Regel in jeder Sitzung des Gewerberichts als Beflagte antreffen kann. Die Herren Ad. Eic, Gutbier und Koch, sowie Herr H. Schwung haben ja auch ihre Arbeitserfreundlichkeit des Deutschen bewiesen. Herr Louis Gutbier hält M. 2,50 für einen „schönen“ Lohn und Herr Eic zahlt einem Arbeitsmann 22 & Stundenlohn, macht bei neunstündigem Arbeitszeit pro Tag M. 1,98; gewiß ein „schöner“ Groschen Geld! Außerdem leistet das Bauunternehmen das Einige, um die Schatten unserer „herrlichen“ Produktionsweise recht deutlich zu Tage treten zu lassen. Die Pflichtarbeit und die Verwendung schlechten Materials nimmt in grauen-erregender Weise überhand. Da hier vielfach Felsen vorhanden, so werden die Kellermauern bis zur Erdhöhe, die Giebelmauern bis zur Sodenhöhe, aus diesem Material hergestellt. Bruchstücke nennt man sie. Aber kann man „Kalkwoden“, welche weder Kopf noch Vogel haben, auch noch Steine nennen? Gewöhnlich werden dieselben beim Ausdrücken der Kelle und Fundamente gewonnenen. Was womöglich nicht auf dem betreffenden Bau verwirkt wird, kommt dann nach einem anderen Bau, wo diese wertlosen und zum Bau vollständig ungeeigneten Brocken nicht vorhanden sind und wo bis zur Straßenhöhe oft vier bis fünf Meter hochgemauert werden muß. Der Maurer, der sich weigert, mit solchem Schutt zu arbeiten und besseres Material verlangt, sieht als „Aufwiegler“ auf das Pflaster, denn man kann ja Leute genug haben. Nur geht dann das Hochsteigen los. Die „Knuppen“, wie sich die Kollegen hier sehr treffend ausdrücken, werden eben so zusammengeklopft, wie es gerade geht. Am MörTEL, welcher in den meisten Fällen zu % aus Kohlstaše besteht, soll auch noch gespart werden und gleichzeitig das auch allzu häufig, und auf derartige Fundamente sieht man dann einen vier oder fünfstöckigen Neubau. Solche Zustände sollen auch an einem, am Samstag, den 17. d. Mts., Mittags kurz

noch 12 Uhr, eingeführten Neubau an der Marienstraße geherrscht haben. Der ganze, volle Giebel, welcher bislang vollständig fertiggestellt war, ist unterhalb der Sodenhöhe zusammengebrochen und bietet die unglaubliche ein grauenhaften Bild der Verwüstung. Da zu befürchten war, daß noch weitere Theile nachfallen, so wurde die Baustelle polizeilich abgesperrt. Ein Glück ist es zu nennen, daß der Einfall während der Mittagspause stattfand und insgesamt kein Menschenleben zu verlieren ist.

Auf die obenerwähnten Uebelstände haben die kleinen organisierten Kollegen schon zu dienenden Maßen hingewiesen und dargelegt, daß eine gute Organisation auch hierin ganz wohl im Stande ist, die starken Auswüchse zu befehligen; aber bisher hat man den meisten kleinen Kollegen vergeblich gedrängt. Die große Masse findet es nicht nötig, ihre Interessen zu vertreten. Nur wenn Roth an Blau ist, sucht man die organisierten Kollegen auf, um sich von ihnen Rat und Auskunft zu holen, aber Opfer bringen, ja, das ist nicht.

Gegen hat Stiftler, der Präsident des Polizeigerichts, erklärt, man müsse und werde mit diesen Sozialisten abhören. Trotzdem dem kleinen Rath (der Regierung) schon am 20. November 1891 die verlangte Rechtsgebühr von 20 Fr. — auch eine Insammlung, diese Beleidigung des Rechtsgerichts! — eingezahlt wurde, sind bis zur Stunde der Fürtwisch vorerst und der des Landes, resp. des Kantons Graubünden ohne Nachricht über das Schicksal des Rechtes geblieben, obwohl der Letztere am 18. Januar 1892 beim kleinen Rath direkt um Auskunft fragte. Unter der Hand erfuhr das Bundeskomitee aus Davos, der Polizeigerichts-Präsident Stiftler habe sich geäußert, der Rechtes sei abgewiesen worden. Das Bundeskomitee fragt nur beim kleinen Rath von Graubünden öffentlich über den Stand der Angelegenheit an. — Der Baseler Arbeiterverein meint hierzu: „So behandelt man in der freien Schweiz Arbeiter. Bald möchte man an unserer Republik verzweifeln!“

#### Berichts-Chronik.

\* Das Vereinsrecht in Preußen. Gegen den noch unbekannten Bergbaumeister Johann Demuth aus Nieder-Hermendorf war seitens des dortigen Amtsgerichts ein Strafbefehl erlassen worden, weil derfelbe als Bevollmächtigter der Mitglieder, der am 10. Mai v. J. dort gegründeten Bahlstädte resp. Filiale des Berliner und des deutschen Bergkreises in Böhmisch das Mitgliederverzeichnis derselben unter Überreichung der diesbezüglichen Statuten zur politischen Genehmigung nicht eingereicht, und sich deshalb einer Überprüfung des §§ 2, 13 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 schuldig gemacht hatte. Hiergegen war seitens des Reichsgerichts Einspruch eingereicht worden. Das Schöffengericht in Waldenburg erkannte gegen den Angeklagten am 28. März d. J. auf Frei- und Preisung. In der Urtheilsgründung war ganz besonders hervorgehoben worden, daß die Filiale von Nieder-Hermendorf als ein selbstständiger Verein nicht angesehen werden könne, da der Angeklagte nur mit der Einigung von Beiträgen in den Nieder-Hermendorf befreindlichen, zum Verband deutscher Bergleute in Böhmen gehörigen Mitglieder betraut gewesen, und derfelbe durch die bloßen Einzahlungen eine Einwirkung auf öffentliche Vereinsangelegenheiten auch garnicht bezweckt habe. Gegen dieses Urteil hatte die Amtsgerichtspraxis Berufung eingereicht, und diese damit gerechtfertigt, daß sie behauptete, die Filiale müsse als ein selbstständiger Verein für Nieder-Hermendorf dennoch angesehen werden, da dieser eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten unabdingt beweckt. Die Waldenburger Strafammer war oben in ihrer Sitzung vom 28. Juni d. J. ganz derselben Ansicht wie der Richter der ersten Instanz, weswegen die Berufung verworfen und das schöffengerichtliche Urteil aufrecht erhalten worden war. Hiergegen war seitens der Staatsanwaltschaft die Revisionsschwerde erhoben worden. Das Kammergericht in Berlin hatte in jener unter dem 8. Oktober d. J. getroffenen Entscheidung die Zweigvereinigung des qu. Böhmischen Verbands in Nieder-Hermendorf seiner ganzen Behausigkeit nach als einen selbstständigen Verein angesehen, weil diese Filiale eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten beweckt, denn nach der Verlegung des § 2 des alten Gesetzesgeiges für begründet erachtet und die Verhandlung und Entscheidung der Sache in die Bördertinstanz nochmals zurückverrieben. In der Verhandlung am 6. Dezember hob der Bertheider des Angeklagten, Staatsanwalt Marcus aus Breslau, ganz belonders hervor, daß die Bahlstädte für Böhmen in Nieder-Hermendorf, deren Leiter sein Klient gewesen, als ein selbstständiger lokalisierter Verein keineswegs angesehen werden könne, weil weder Versammlungen noch Zusammensetzung der Mitglieder dieser Filiale stattgefunden hätten und der Angeklagte nach den Statuten auch garnicht einmal zu einer Mitgliederaufnahme berechtigt gewesen sei. Nur aus Zweckmäßigkeitsgründen sei ein Organ für Böhmen geschaffen worden, für das der Angeklagte nur als ein einzelner Leiter desfelben angesetzt werden müsse. Die in der Kammergerichts-Entscheidung enthaltenen Voraussetzungen im Sinne des § 2 Gesetzes könnten daher auch nicht als zutreffend erachtet werden. Der Staatsanwalt Dr. Klemm brachte dagegen analog seinem früheren Urteil gegen den Angeklagten eine Goldbuche von M. 15. event. 3 Tage Haft in Antrag, auf welche der Gerichtshof auch erkannte. In den jetzigen Urtheilsgrundrissen ist ganz besonders hervorgehoben, daß kein Grund vorliege, den Ausführungen des Kammergerichtes zu widersetzen, da nach dessen Entscheidung die qu. Bahlstädte einen Volksverein begründet, welcher als solcher politisch höchst angemeldet werden müsse.

\* Ein nettes Beispiel von Klassenjustiz meldet das Bundeskomitee des schwäbisch-österreichischen Gewerkschaftsbundes aus Davos in Graubünden, also aus dem „freien“ Schweiz: „Als Anlaß einer Lohnbewegung der dortigen Glaser, die zur Folge hatte, daß die Arbeiter über einen zulässigen Glasermeister die Spalte verhängten, wurden zwei Glasergeschäfte am 18. Oktober 1891 Nachts von zwei Raubbolden, worunter ein Streitbrecher, überfallen, blutig geschlagen und ihnen die Kleider zerrißt. Am 4. November 1891 wurden die Überfallenen, also nicht die Raubbolden und wütischen Misselbäder, vom Polizeigericht verurteilt: der Eine zu 20 Fr. Buße und 5 Fr. Spesen, der Andere zu 40 Fr. Buße und Landesstrafe. Sie wurden verurteilt wegen Theilnahme an einer Schlägerei und der Ausgewiesen zu dem wegen Aussichtung gefährlicher Drohungen und Gebrauchs einer Peitsche! Letzteres hatte garnicht bewiesen werden können!“ Das Bundeskomitee, welches der Fall unterbreitete, wurde, ließ durch den Fürtwisch, Nationalrat vor, gegen dieses Urteil bei der Regierung von Graubünden Rechts einzulegen. Eine an Ort und Stelle durch ein Mitglied des Bundeskomitees vorgenommene Prüfung ergab, daß die Untersuchungen äußerst lässig geführt wurde, daß die Parteien und deren Aussagen weder den Klägern, noch den Beflagten gegenübergestellt oder verlesen wurden. Da-

#### Beschiedenes.

\* Immer schweigend. Der Vorstand des Kriegervereins zu Bentheim bei Osnabrück richtete an den Maurer: „... zu Bentheim folgendes Schreiben: Es ist dem Vorstand des Kriegervereins angezeigt, daß Sie, trotz der Ihnen ertheilten Warnung, sich wiederholt Handlungen haben zu Schulden kommen lassen, welche bestunden, daß Sie nicht die Interessen des Kriegervereinswesens vertreten, vielmehr als ein Feind derselben anzusehen sind, weil Sie sich den Sozialdemokraten angegeschlossen und sogar versucht haben, für dieselben Stimmung sowohl bei den Kameraden wie bei anderen Bewohnern dieser Stadt zu machen. Zur Erklärung über diese Angelegenheit werden Sie hierauf auf Sonntag, 2. Oktober 1892, Nachmittags 6 Uhr, vor die X. Männer-Kommission (Vereinslokal) mit der Befreiung eingeladen, daß im Falle Ihres Nichterscheins dennoch zur Verhandlung und Beleidigung geschritten werden wird. Als Zeugen werden erscheinen die Kameraden Goesjacob und Höhfeld. Der Vorstand des Kriegervereins Bentheim. J. A.: Küsse, Schriftführer.“

Das hat der Kollege ... nur davon; Fama behauptet jedoch, daß er so verstoßen ist, auf den mittlerweile eingetretenen Ausschluß aus dem Kriegerverein zu pliezen.

Probatum est!

#### Literarisches.

„Sozialpolitisches Centralblatt“ (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von F. Guttmann in Berlin). Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2,50. Einzelnummern 20 Fr. Erschienen ist Nr. 13, 2. Jahrgang.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. F. W. Dietz Verlag) ist soeben das 18. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte heben wir hervor: Tiefdruck-Minter. — Der Panamastandal. Von Paul Falzarego. — Die militärische Erziehung. (Schluß.) Literarische Mundschau. — Notizen: Auch eine Berichtigung. Von Dr. F. Mehlitz. Volksverdahnung und Epidemie. Von Dr. R. J. Beck. Die Schwindfucht im Schleifer- und Feilenhauergewerbe. Astrologie für die siebte. — Feuilleton: Kunde von Nirgendwo. Einige Kapitel aus einem utopischen Roman von William Morris. (Fortsetzung.)

Den vielen Freunden von Meyer's Kleinem Konversations-Lexikon (Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien) wird die Nachricht willkommen sein, daß in der neuen, fünften Auflage dieses ausgezeichneten Werkes der zweite und vorletzte Band noch rechtzeitig vor dem neuen Jahre fertig gestellt worden ist. Derselbe umfaßt die Artikel „Grabengans bis Pharaoschlange“. Damit ist das Werk seiner Vollendung nahe gerückt. Der Inhalt der vorliegenden Bände läßt bereits sehr deutlich erkennen, daß sich der „Kleine Meyer“ in seinem neuen Auflage weit mehr noch wie bisher als ein unentbehrliches, nie versagendes Kunstmittel für alle das tägliche Leben berührende Fragen bedient wird. Und wer möchte heute wohl von sich behaupten wollen, daß er eines solchen Nachschlagewerkes nicht bedürfe? Man prüfe das eigene Wissen nur ernstlich und ohne Eigenliebe, das Ergebnis dieser Prüfung wird immer zu Gunsten jener Hilfsmittel ausfallen, die man in unserer Idiotenzeit mit gutem Recht als die Stufen wirklicher Bildung bezeichnen kann. Das ungeborene weitsichtige Wissen der Gegenwart und die immer mehr gesteigerten Anforderungen, welche Bildung und Beruf an jeden Einzelnen stellen, lassen es als natürlich erscheinen, daß selbst ein universell angelegter Geist ohne irgend welche Hilfsmittel einen solch weiten Horizont nicht mehr umspannen kann. Wie viel mehr ist dies bei jener der Fall, denen die Grundlage eines eigenen, gebiegenen Wissens verlost ist. Da sind nun dergleichen Nachschlagewörter unentbehrliche, treue Freunde, die uns' nimmer im Stiche lassen. Was sie an Wissen und Erfahrung im engen Rahmen umschließen, bleibt staunenswert, ebenso wie die Sicherheit, Klärheit und schlagfertige Kürze, mit der jede Frage ihre Beantwortung findet. Wissenschaft und Kunst, Staats- und Kulturleben, Politik und Militärsachen, Technik, Gesundheitslehre, jede Bewegung und Erscheinung auf allen Gebieten menschlichen Denkens und Könbens — nichts bleibt unerklärt. Ein Kompendium des allgemeinen Wissens, ist daher Meyer's Kleines Konversations-Lexikon, ein literarisches Kunstreise, in welchem in knapper Form die Dunitessenz menschlicher Gelehrsamkeit gesammelt und zum Ausdruck gebracht ist.

Außerordentlich interessant und vortheilhaft ergänzt werden diese thatächlichen Vorläufe von Meyer's Kleinem Konversations-Lexikon durch die reiche Ausstattung des Werkes an Extrabeigaben. Neben

100 Karren, Bildertafeln und Beilagen in Holzschnitt, Kupferstich und Chromolithographie vermittelten die Anzahllichkeit, erreichten und erhöhen das Verständnis für besonders wichtige Tatsachen in wickelnder Weise. Darum — einen Ehrenplatz für den „kleinen Meier“ überall da, wo man seine Dienste zu schätzen und zu würdigen weiß! Sein billiger Preis (jeder in Holzschnitt gebundene Band kostet nur M. 8 = 4 fl. 80 Kr.) und seine Verhältnisse auf drei Bände ermöglichten auch dem Unbemittelten die Anschaffung.

### Briefstücken.

\* Der diesmaligen Sendung des „Grundstein“ liegt für die Bevölkerung kein Verhandlungsmaterial wie Nr. 29 des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bei.

### Die Expedition des „Grundstein“

Frankfurt a. M., ? Anonyme Einsendungen finden keine Aufnahme.

Eberswalde, B. Wir bitten auch Sie, künftig das Papier nur auf einer Seite beschreiben zu wollen; wir können nicht jedes Manuskript nochmals abgreifen.

### Zentral-Verein der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

#### Sitz Hamburg.

Der Bekanntmachung in Nr. 49 und Nr. 50 dieses Blattes, betreffend Unregelmäßigkeiten bei der Auszahlung der Reiseunterstützung, entsprechend, geben wir hiermit die Bahnstellen bekannt, in welchen die Befürchtungen des Status nach der Bekanntmachung nichtinnegehalten wurden:

In Elmshorn hat das Mitglied Claus Eli, Buch-Ar. 3957, am 22. Dezember, Reiseunterstützung erhalten, obgleich Eli erst am 24. Januar 1893 berechtigt ist; in einigen anderen Bahnhöfen wurde schon vor diesem Tage an dieses Mitglied Unterstützung gezahlt.

In Stettin wird die Reiseunterstützung vom Kollegen J. Leich, Philippstr. 11 v. 3 Treppen, ausbezahlt; in Bledbaden von J. Auhl, Lahnstr. 5.

Das Mitgliedsbuch Nr. 21990, Heinrich Vogel, wird hiermit für ungültig erklärt.

#### Der Vorstand.

In der Zeit vom 20. bis 27. Dezember sind folgende Beiträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Bon der örtlichen Verwaltung in:

Großmünden M. 70.—, Brandenburg a. d. S. 35.85, Reichensbach i. V. 70.—, Neubukow i. M. 9.34, Summa M. 185.19.

Hamburg, den 27. Dezember 1892.

J. Köster,  
Bauvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, I.

### Anzeigen.

**Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stuckateure Deutschlands**  
**Grundstein zur Einigkeit.**

(Eingeschriebene Hülle statt Nr. 7. Sig: Altona.)

In der Zeit vom 18. bis 24. Dezember sind folgende Beiträge eingegangen: Bon der örtlichen Verwaltung in Bielefeld M. 200, Spandau 200, Bielefeld 200, Nienstedten 800, Summa M. 800.

Büschäuse erhielten in derselben Zeit: Die örtliche Verwaltung in Bielefeld M. 500, Bückeburg 200, Schwerin i. M. 100, Mannheim 100, Birne 200, Köln a. Rh. 100, Potsdam 300, Crefeld 50, Leipzig-Mendig 200, Schweinfurt 30, Stuttgart 200, Bielefeld 60, Niedersachsen 50, Münster 150, Grumbach 150, Gebrüder 175, Alt-Damm 200, Magdeburg 200, Summa M. 2915.

Altona, den 24. Dezember 1892.

C. Reich, erster Hauptkassierer,  
Friedrichsbaderstraße 28.

**Zentral-Verein der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.**

#### Bahnhof Stolp.

Sonntag, 8. Januar 1893, Nachm. 3½ Uhr:

**Versammlung**  
auf der Maurerherberge.

[M. 1.85] **Ter Bevölkerung.**

**Zentral-Verein der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.**

#### Bahnhof Uetersen.

Bu der am 7. Januar stattfindenden

**Mitglieder-Versammlung**  
ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt notwendig.

[M. 1.60] **Ter Bevölkerung.**

### Johannegeorgenstadt.

**Deutschl. Versammlung der Maurer**  
am Sonntag, den 1. Januar, Nachmittags 2½ Uhr, im Vereinslokal. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Die Mitglieder des Zentral-Vereins der Maurer Deutschlands sind hiermit besonders eingeladen.

[M. 1.50] **P. Lein, Vertrauensmann.**

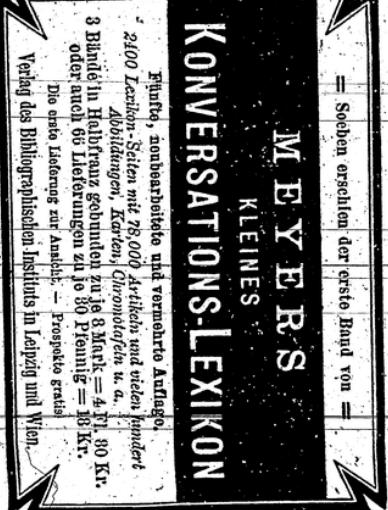
### Mufforderung.

Der Maurer H. Pötsche wird ersucht, mir seine Adresse anzugeben, damit ich mich mit ihm über die Forderung, die er an mich noch, wie er in Herford behauptet hat, zu stellen berechtigt ist, auszutauschen.

Bernhard Gessert,

Essen a. d. Ruhr, Rothstraße 13 b.

[M. 1.20]



Danuvauer, Dienstag, 8. Januar, Abends 8 Uhr, im „Valkhof“.

Darburg a. d. Elbe, Sonntag, 12. Januar, Abends 8 Uhr, bei Herrn Peters, Karavaan.

Dorfedorf, Jeden Samstag, Abends 11 Uhr, bei Wm. Oberhaus, Schmied.

Dötzenhausen, Jeden ersten Sonntag und jeden Mittwoch nach dem 15. im Monat.

Dötzenhausen, Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, im Hotel Steine.

Dultinghausen, Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. im Monat bei Wm. Carlens, Schmiede.

Düren, Jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 3 Uhr, bei Wm. Bömer, Pfannenmeister.

Dürengau, Jeden letzten Sonntag im Monat, Nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.

Düren, Jeden zweiten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr, bei Wm. Bömer.